

Bundesgesetzblatt

165

Teil II

G 1998

1997

Ausgegeben zu Bonn am 28. Januar 1997

Nr. 4

Tag	Inhalt	Seite
21. 1. 97	Gesetz zu dem Abkommen vom 30. März 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Kuwait über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE015	166
21. 1. 97	Gesetz zu dem Vertrag vom 28. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen . . . GESTA: XE016	176
21. 1. 97	Gesetz zu dem Vertrag vom 21. Januar 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Namibia über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE017	186
21. 1. 97	Gesetz zu dem Vertrag vom 30. Januar 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Peru über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE018	197
13. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Patentrechtsabkommens	206
13. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen	206
16. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe	207
16. 12. 96	Bekanntmachung des deutsch-slowakischen Abkommens über den grenzüberschreitenden Personenverkehr auf der Straße	207
16. 12. 96	Bekanntmachung des deutsch-papua-neuguineischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	211

Gesetz
zu dem Abkommen vom 30. März 1994
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Staat Kuwait
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Vom 21. Januar 1997

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Kuwait am 30. März 1994 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Kuwait über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 21. Januar 1997

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
G. Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Staat Kuwait
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the State of Kuwait
for the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments**

Die Bundesrepublik Deutschland

und

der Staat Kuwait

(im folgenden als Vertragsstaaten bezeichnet) –

The Federal Republic of Germany

and

the State of Kuwait

(hereinafter referred to as the Contracting States),

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß die Förderung und der gegenseitige Schutz dieser Kapitalanlagen dazu beitragen werden, die wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand in beiden Staaten zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

desiring to intensify economic co-operation between both States,

intending to create favourable conditions for investments by investors of either State in the territory of the other State,

recognizing that the encouragement and reciprocal protection of such investments will be conducive to the stimulation of business initiative and to the increase of the prosperity in both States,

have agreed as follows:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Abkommens

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlage“ Vermögenswerte jeder Art im Eigentum oder unter dem Einfluß eines Investors eines Vertragsstaats, die im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit dessen Rechtsvorschriften angelegt oder unmittelbar oder mittelbar dorthin verbracht werden, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken, Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und Obligationen von Gesellschaften sowie andere Rechte oder Beteiligungen an solchen Gesellschaften sowie von einem Vertragsstaat oder einem seiner Investoren emittierte Wertpapiere;
 - c) Ansprüche auf Geld, zum Beispiel Darlehen, oder auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben und mit einer Kapitalanlage zusammenhängen;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums und gewerbliche Schutzrechte, einschließlich, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Rechte in bezug auf Urheberrechte, Warenzeichen, Patente, gewerbliche Muster und Modelle, Know-how, Handelsnamen und Goodwill;
 - e) gesetzlich oder durch öffentlich-rechtlichen Vertrag übertragene Rechte sowie gemäß den Rechtsvorschriften ausgestellte Lizenzen und Konzessionen einschließlich der Rechte zur Prospektion, Aufsuchung, Gewinnung oder Verwertung natürlicher Ressourcen und der Rechte zur Herstellung, zur Verwendung und zum Verkauf von Erzeugnissen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt oder wiederangelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

Article 1

Definitions

For the purposes of this Agreement

- (1) The term "investment" shall mean every kind of asset owned or controlled by an investor of a Contracting State and invested or channelled directly or indirectly in the territory of the other Contracting State in accordance with the legislation of that State, and shall include in particular:
 - a) movable and immovable property as well as any other rights in rem such as mortgages, liens, pledges, usufruct and similar rights;
 - b) shares, stocks and debentures of companies or other rights or interests in such companies, and securities issued by a Contracting State or any of its investors;
 - c) claims to money such as loans or to any performance having economic value associated with an investment;
 - d) intellectual and industrial property rights, including, but not limited to, rights with respect to copyrights, trademarks, patents, industrial designs, know-how, trade names and goodwill;
 - e) any right conferred by law or public contract and any licences and permits issued pursuant to law, including rights to prospect, explore, extract, win or utilize natural resources, and rights to manufacture, use and sell products;

any alteration of the form in which assets are invested or reinvested shall not affect their character as investment.

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ die Beträge, die auf eine Kapitalanlage anfallen, insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Veräußerungsgewinne, Lizenz- oder andere Entgelte sowie Sachleistungen;
3. bezeichnet der Begriff „Investor“
- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
- i. Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
 - ii. jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften gegründet wurde und ihren Sitz im deutschen Hoheitsgebiet hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
- b) in bezug auf den Staat Kuwait:
- i. natürliche Personen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Staates Kuwait die kuwaitische Staatsangehörigkeit besitzen;
 - ii. jede Unternehmung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Staates Kuwait gegründet wurde und ihren Sitz in Kuwait hat, wie gewerbliche Unternehmen, Genossenschaften, Personengesellschaften, Kapitalgesellschaften, Stiftungen, Handelsunternehmen, Firmen, Niederlassungen, Fonds, Organisationen und Wirtschaftsverbände sowie ähnliche Organisationseinheiten, gleichviel ob ihre Haftung beschränkt ist oder nicht;
 - iii. die Regierung des Staates Kuwait, handelnd entweder unmittelbar oder mittelbar durch die Kuwait Investment Authority (KIA) oder ihre Zweigstellen im Ausland, sowie Entwicklungsfonds, Geschäftsstellen oder ähnliche staatliche Einrichtungen mit Sitz in Kuwait.

Artikel 2

Förderung von Kapitalanlagen

(1) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften zulassen. Er wird Investoren des anderen Vertragsstaats und ihre Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Ein Vertragsstaat wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

Inländerbehandlung und Meistbegünstigung

(1) Jeder Vertragsstaat behandelt Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Investoren des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als unter ähnlichen Umständen Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder von Investoren dritter Staaten, je nachdem, welche Behandlung am günstigsten ist.

(2) Jeder Vertragsstaat behandelt Investoren des anderen Vertragsstaats hinsichtlich der Verwaltung, der Verwendung, des Gebrauchs, der Nutzung oder der Veräußerung ihrer Kapitalanlagen, des Geltendmachens von Rechten an den Kapitalanlagen, Transferleistungen, Entschädigung oder verwandter Tätigkeiten in seinem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als eigene Investoren oder Investoren dritter Staaten, je nachdem, welche Behandlung am günstigsten ist.

(2) The term "returns" shall mean amounts yielded by an investment and in particular, though not exclusively, shall include profits, dividends, interest, capital gains, royalties or any fees and payment in kind.

(3) The term "investor" shall mean

a) in respect of the Federal Republic of Germany:

- i. Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;
- ii. any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality, established in accordance with its laws, and having its seat in the German territory, irrespective of whether or not its activities are directed at profit;

b) in respect of the State of Kuwait:

- i. natural persons holding the nationality of the State of Kuwait in accordance with the laws of the State of Kuwait;
- ii. any entity, with or without legal personality, established in accordance with the laws of the State of Kuwait, and having its seat in Kuwait, such as enterprises, cooperatives, partnerships, corporations, foundations, companies, firms, establishments, funds, organizations and business associations or similar entities, irrespective of whether their liabilities are limited or otherwise;
- iii. the Government of the State of Kuwait acting either directly or indirectly through the Kuwait Investment Authority (KIA) or its offices abroad, as well as development funds, agencies or other similar government institutions having their seats in Kuwait.

Article 2

Encouragement of Investments

(1) Each Contracting State shall in its territory encourage as far as possible investments by investors of the other Contracting State and admit such investments in accordance with its legislation. It shall in any case accord investors of the other Contracting State and their investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting State shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory of investors of the other Contracting State.

Article 3

National Treatment and Most Favoured Nation Treatment

(1) Each Contracting State shall accord investments made in its territory owned or controlled by investors of the other Contracting State treatment not less favourable than that which it accords in like situations to investments of its own investors or investors of any third State, whichever is the most favourable.

(2) Each Contracting State shall accord investors of the other Contracting State, as regards management, maintenance, use, enjoyment, or disposal of their investments, means of asserting rights thereto, transfers, compensation, or any other associated activity therewith in its territory treatment not less favourable than that which it accords to its own investors or to investors of any third State, whichever is the most favourable.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, Vorteile oder Anreize, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in bestehenden oder vorläufigen Übereinkünften, die zu einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder einer Währungsunion führen, oder einer ähnlichen internationalen Übereinkunft oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Abkommens zur Vermeidung von Doppelbesteuerung oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

Schutz von Kapitalanlagen

(1) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats genießen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats dürfen von dem anderen Vertragsstaat nur zum allgemeinen Wohl dieses Staates und gegen umgehende, angemessene und gerechte Entschädigung enteignet oder verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung (im folgenden als „Enteignung“ bezeichnet) gleichkommen, unter der Bedingung, daß diese Maßnahmen in nichtdiskriminierender Weise und in Übereinstimmung mit den allgemein gültigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften getroffen werden.

(3) Die Entschädigung muß dem nach anerkannten Bewertungskriterien, wie unter anderem Kapitaleinsatz, Wiederbeschaffungswert, Wertsteigerung, laufende Erträge, Goodwill und andere maßgebliche Faktoren, bestimmten angemessenen Marktwert der Kapitalanlage unmittelbar vor oder zu dem Zeitpunkt entsprechen, zu dem der Enteignungsbeschluß angekündigt oder öffentlich bekannt wurde, je nachdem, welcher Zeitpunkt der frühere ist. Verzögert sich die Zahlung der Entschädigung, so muß diese Entschädigung in einer Höhe gezahlt werden, die den Investor nicht schlechter stellt, als wenn die Entschädigung unmittelbar zum Zeitpunkt der Enteignung gezahlt worden wäre. Zu diesem Zweck muß die Entschädigung zum geltenden bankmäßigen Zinssatz, jedoch keinesfalls unter dem geltenden LIBOR-Satz, vom Tag der Enteignung bis zum Tag der Zahlung verzinst werden. Die Höhe der Entschädigung wird, sofern der Investor und der Gaststaat kein Einvernehmen erzielt haben, auf Verlangen des Investors in einem Schiedsverfahren oder von örtlichen Gerichten festgesetzt. Der schließlich festgesetzte Entschädigungsbetrag muß dem Investor umgehend in frei konvertierbarer Währung gezahlt werden und unverzüglich frei transferierbar sein.

(4) Dieser Artikel gilt auch für laufende Erträge aus einer Kapitalanlage und im Fall einer Liquidation für den Liquidationserlös.

(5) Kapitalanlagen eines Vertragsstaats oder seiner Investoren werden weder unter Zwangsverwaltung gestellt noch beschlagnahmt oder ähnlichen Maßnahmen unterworfen, es sei denn im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens.

Artikel 5

Entschädigung für Schäden oder Verluste

(1) Investoren eines Vertragsstaats, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Staatsnotstand, Aufruhr, Aufstand, Unruhen oder ähnliche Ereignisse im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Regelungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten, je nachdem, welche Behandlung am günstigsten ist. Solche Zahlungen müssen unverzüglich frei transferierbar sein.

(3) Such treatment shall not relate to privileges, benefits or incentives which either Contracting State accords to investors of third States on account of its membership of, or association with, any existing or interim agreements leading to a customs or economic union, a common market or a free trade area, or a monetary union or similar international agreement.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting State accords to investors of third States by virtue of an agreement for the avoidance of double taxation or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

Protection of Investments

(1) Investments by investors of either Contracting State shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting State.

(2) Investments by investors of either Contracting State shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measures having effects equivalent to expropriation or nationalization (hereinafter collectively referred to as "expropriation") by the other Contracting State except for the public benefit of that State and against prompt, adequate and just compensation and on condition that such measures are taken on a non-discriminatory basis and in accordance with domestic laws of general application.

(3) Such compensation shall be equivalent to the fair market-value of the investment, as determined in accordance with recognized principles of valuation such as, *inter alia*, the capital invested, replacement value, appreciation, current returns, goodwill and other relevant factors, immediately prior to or at the time when the decision for expropriation was announced or became publicly known, whichever is the earlier. In the event that the payment of compensation is delayed, such compensation shall be paid in an amount which would put the investor in a position not less favourable than the position in which he would have been had the compensation been paid immediately on the date of expropriation. To achieve this goal the compensation shall include interest at the prevailing commercial rate, however, in no event less than the current LIBOR-rate from the date of expropriation until the date of payment. The determination of the amount of compensation, in the absence of agreement being reached between the investor and the host State, shall at the request of the investor be referred to arbitration or local courts. The amount of compensation finally determined shall be promptly paid to the investor in freely convertible currencies and allowed to be freely transferred without delay.

(4) The provisions of this Article shall also apply to the current returns from an investment as well as, in the event of liquidation, to the proceeds from liquidation.

(5) Investments of either Contracting State or any of its investors shall not be subjected to sequestration, confiscation or any similar measures save with due process of law.

Article 5

Compensation for Damage or Loss

(1) When investments made by investors of either Contracting State suffer losses owing to war, other armed conflict, a state of national emergency, revolt, insurrection, riot or other similar events in the territory of the other Contracting State, they shall be accorded by the latter Contracting State treatment, as regards restitution, indemnification, compensation, or other settlement, not less favourable than that which the latter Contracting State accords to its own investors or to investors of any third State, whichever is the most favourable. Resulting payments shall be freely transferable without delay.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 erhalten Investoren eines Vertragsstaats, die bei einem der in jenem Absatz aufgeführten Ereignisse Schäden oder Verluste im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats erleiden, die zurückzuführen sind auf

- a) Beschlagnahme ihres Eigentums durch die Streitkräfte oder Behörden des anderen Vertragsstaats,
- b) Zerstörung ihres Eigentums durch die Streitkräfte oder Behörden des anderen Vertragsstaats, die nicht bei Kampfhandlungen verursacht oder durch die Umstände erforderlich wurde,

gerechte und angemessene Entschädigung für Schäden oder Verluste während der Zeit der Beschlagnahme oder aufgrund der Zerstörung ihres Eigentums.

(2) Without prejudice to paragraph (1) of this Article, investors of one Contracting State who in any of the events referred to in that paragraph suffer damage or loss in the territory of the other Contracting State resulting from:

- a) requisitioning of their property by its forces or authorities,
- b) destruction of their property by its forces or authorities which was not caused in combat action or was not required by the necessity of the situation,

shall be accorded just and adequate compensation for the damage or loss sustained during the period of requisitioning or as a result of the destruction of the property.

Artikel 6

Freier Transfer

(1) Jeder Vertragsstaat gewährleistet den Investoren des anderen Vertragsstaats den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) der Lizenz- oder anderen Entgelte für die in Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe d aufgeführten Rechte;
- e) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- f) der Einkünfte von Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats aus Arbeit und Dienstleistungen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in seinem Hoheitsgebiet;
- g) von Aufwendungen für die Verwaltung und Verwendung der Kapitalanlage;
- h) der in den Artikeln 4 und 5 aufgeführten Entschädigungen;
- i) der in Artikel 7 aufgeführten Zahlungen.

(2) Diese Transferierungen erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(3) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währung in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Article 6

Free Transfer

(1) Each Contracting State shall guarantee to investors of the other Contracting State the free transfer of payments in connection with an investment, in particular:

- a) of the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- b) of the returns;
- c) in repayment of loans;
- d) of royalties and fees for the rights referred to in Article 1 (1) d);
- e) of the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- f) of the earnings of nationals of the other Contracting State deriving from their work and service in connection with an investment in its territory;
- g) of amounts spent for the management and maintenance of the investment;
- h) of compensations referred to in Articles 4 and 5;
- i) of payments referred to in Article 7.

(2) These transfers shall be made without delay at the applicable rate of exchange.

(3) The rate of exchange shall correspond to the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights.

Artikel 7

Eintritt in Rechte

Leistet ein Vertragsstaat seinen Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage oder einen Teil einer Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats oder tritt er auf andere Weise in Rechte des Investors hinsichtlich solcher Kapitalanlagen ein, so erkennt der letztgenannte Vertragsstaat

- a) das Recht des anderen Vertragsstaats aufgrund dieses Eintritts, der kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts erfolgen kann, sowie
- b) die Berechtigung des anderen Vertragsstaats, aufgrund des Eintritts diese Rechte in demselben Umfang auszuüben wie sein Rechtsvorgänger, an.

Article 7

Subrogation

If either Contracting State makes payment to any of its investors under a guarantee it has assumed in respect of an investment or any part thereof in the territory of the other Contracting State or has otherwise become subrogated to any of the rights of such investors with respect to such investments, the latter Contracting State shall recognize:

- a) the right of the other Contracting State arising from such subrogation, whether under law or pursuant to a legal transaction, and
- b) that the other Contracting State is entitled by virtue of subrogation to enforce such rights to the same extent as its predecessor in title.

Artikel 8

Beilegung von Streitigkeiten zwischen einem Vertragsstaat und einem Investor

(1) Investitionsstreitigkeiten zwischen einem der Vertragsstaaten und einem Investor des anderen Vertragsstaats sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

Article 8

Settlement of Disputes between a Contracting State and an Investor

(1) Any investment dispute between a Contracting State and an investor of the other Contracting State should as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) Kann eine Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors des anderen Vertragsstaats gemäß einer zuvor getroffenen Vereinbarung zwischen dem Vertragsstaat und dem Investor einem Vergleichs- oder Schiedsverfahren unterworfen. Sofern eine solche besondere Vereinbarung nicht getroffen wurde, ist die Streitigkeit auf Verlangen des Investors einem Vergleichs- oder Schiedsverfahren aufgrund des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten (Übereinkommen von 1965) zu unterwerfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem Übereinkommen von 1965 vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen

- a) seine Immunität,
- b) daß der Investor des anderen Vertragsstaats eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder Verlustes oder den Gesamtschaden oder -verlust aus einer Versicherung erhalten hat.

(5) Ist das Übereinkommen von 1965 nicht anwendbar, so ist die Investitionsstreitigkeit auf Verlangen des Investors einem von Fall zu Fall zu bildenden Schiedsgericht zur Beilegung zu unterbreiten. Das Schiedsgericht wird wie folgt gebildet:

- a) Das Schiedsgericht besteht aus drei Schiedsrichtern. Jeder Staat wählt einen Schiedsrichter aus. Beide Schiedsrichter einigen sich auf einen Staatsangehörigen eines dritten Staates, der mit beiden Vertragsstaaten diplomatische Beziehungen unterhält, den sie zum Obmann bestellen. Die Schiedsrichter sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem eine der Streitparteien der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will, zu bestellen. Werden die Ernennungen nicht innerhalb der genannten Frist vorgenommen, so kann jede Streitpartei den Vorsitzenden der Schiedsstelle der Handelskammer Stockholm bitten, die erforderliche Ernennung innerhalb einer Frist von zwei Monaten vorzunehmen.
- b) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Der Schiedsspruch ist endgültig und bindend für beide Streitparteien; er ist in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht zu vollstrecken.
- c) Der Schiedsspruch ergeht in Übereinstimmung mit diesem Abkommen und den allgemeinen Regeln des Völkerrechts sowie dem innerstaatlichen Recht des betroffenen Vertragsstaats.
- d) Jede Streitpartei trägt die Kosten ihres Schiedsrichters sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten des Verfahrens werden von den beiden Streitparteien zu gleichen Teilen getragen, sofern das Schiedsgericht nichts anderes beschließt.

(6) Ein Vertragsstaat gewährt keinen diplomatischen Schutz oder unternimmt keine völkerrechtlichen Schritte in bezug auf eine Streitigkeit, hinsichtlich deren einer seiner Investoren und der andere Vertragsstaat übereingekommen sind, sie einem Schiedsverfahren nach dem Übereinkommen von 1965 zu unterwerfen, oder die sie bereits einem solchen Verfahren unterworfen haben, es sei denn, der andere Vertragsstaat hat den in einer solchen Streitigkeit erlassenen Schiedsspruch nicht beachtet.

(7) Diplomatischer Schutz im Sinne des Absatzes 6 umfaßt nicht informelle diplomatische Kontakte, die allein zu dem Zweck aufgenommen werden, die Beilegung der Streitigkeit zu erleichtern.

(2) If the dispute cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties to the dispute, it shall, at the request of the investor of the other Contracting State, be submitted for conciliation or arbitration as the Contracting State and the investor may have previously agreed. In the absence of such a special agreement, the dispute shall be submitted at the request of the investor for conciliation or arbitration under the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States (Convention 1965).

(3) The award shall be binding and shall not be subject to any appeal or remedy other than those provided for in the Convention 1965. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(4) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting State involved in the dispute shall not raise as a defense:

- a) its immunity,
- b) the objection that the investor of the other Contracting State has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage or loss.

(5) In case the Convention 1965 is not applicable, then the investment dispute shall at the request of the investor be submitted for settlement by an ad hoc arbitral tribunal. Such arbitral tribunal shall be established as follows:

- a) The arbitral tribunal shall consist of three arbitrators. Each State shall select an arbitrator. These two arbitrators shall appoint by mutual agreement a chairman who shall be a national of a third State which has diplomatic relations with both Contracting States. The arbitrators shall be appointed within two months from the date when one of the parties to the dispute informed the other of its intention to submit the dispute to arbitration. If the appointments are not made within the period mentioned above, either party may invite the Chairman of the Arbitral Institute of the Stockholm Chamber of Commerce to make the required appointment within two months.
- b) The arbitral tribunal shall reach its decision by a majority of votes. Its award shall be final and binding on both parties to the dispute, and shall be enforced in accordance with domestic laws.
- c) The arbitral award shall be made in accordance with the provisions of this Agreement and the general rules of international law as well as the domestic laws of the Contracting State concerned.
- d) Each party to the dispute shall bear the cost of its arbitrator and of its counsel in the arbitral proceedings. The costs of the chairman and the remaining costs of the proceedings shall be borne in equal parts by both parties to the dispute unless the tribunal decides otherwise.

(6) No Contracting State shall give diplomatic protection, or bring an international claim, in respect of a dispute which one of its investors and the other Contracting State shall have consented to submit or shall have submitted to arbitration under the Convention 1965, unless such other Contracting State shall have failed to abide by and comply with the award rendered in such dispute.

(7) Diplomatic protection, for the purposes of paragraph (6), shall not include informal diplomatic exchanges for the sole purpose of facilitating a settlement of the dispute.

Artikel 9**Beilegung von Streitigkeiten
zwischen den Vertragsstaaten**

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch freundschaftliche Konsultationen auf diplomatischem Weg zwischen den beiden Vertragsstaaten beigelegt.

(2) Kann eine Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten nicht auf diese Weise beigelegt werden, so wird sie in Übereinstimmung mit diesem Artikel auf Verlangen eines der Vertragsstaaten einem von Fall zu Fall zu bildenden Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird wie folgt gebildet: Jeder Vertragsstaat bestellt ein Mitglied, und beide Mitglieder einigen sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so wird der Vizepräsident gebeten, die Ernennungen vorzunehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so wird das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, gebeten, die Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidung ist bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10**Beziehungen zwischen den Vertragsstaaten**

Dieses Abkommen gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsstaaten diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 11**Sonstige Vorschriften**

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jeder Vertragsstaat wird jede andere Verpflichtung einhalten, die er in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 12**Anwendung**

Dieses Abkommen gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren des einen Vertragsstaats schon vor Inkrafttreten des Abkommens im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgenommen haben und die in Übereinstimmung mit den entsprechenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats zugelassen wurden.

Article 9**Settlement of Disputes
between Contracting States**

(1) Any dispute between the Contracting States concerning the interpretation or application of this Agreement shall be settled as far as possible through friendly consultations by both Contracting States through diplomatic channels.

(2) If a dispute cannot thus be settled within six months it shall, upon the request of either Contracting State, be submitted to an ad hoc arbitral tribunal in accordance with the provisions of this Article.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted as follows: each Contracting State shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting States. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting State has informed the other Contracting State that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting State may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting State or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President shall be invited to make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting State or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting State shall be invited to make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall take its decision by a majority of votes. Such decision shall be binding. Each Contracting State shall bear the cost of its member and of its representatives in the arbitral proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting States. The arbitral tribunal may make a different ruling concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

Article 10**Relations between Contracting States**

The provisions of this Agreement shall apply irrespective of the existence of diplomatic or consular relations between the Contracting States.

Article 11**Other Rules**

(1) If the legislation of either Contracting State or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting States in addition to this Agreement contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting State to a treatment more favourable than is provided for by this Agreement, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Agreement.

(2) Each Contracting State shall observe any other obligation it may have entered into with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting State.

Article 12**Application**

This Agreement shall also apply to investments made prior to its entry into force by investors of either Contracting State in the territory of the other Contracting State and accepted in accordance with the respective legislations of either Contracting State.

Artikel 13
Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 14
Geltungsdauer und Kündigung

(1) Dieses Abkommen bleibt fünfzehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer um jeweils weitere fünfzehn Jahre, sofern nicht einer der Vertragsstaaten das Abkommen spätestens ein Jahr vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich kündigt.

(2) Für Kapitalanlagen, die bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Kündigung dieses Abkommens wirksam wird, vorgenommen worden sind, gelten seine Bestimmungen noch weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

Geschehen zu Kuwait am Mittwoch, 18 Shawwal 1414 H. entsprechend dem 30. März 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Article 13
Entry into Force

(1) This Agreement shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged at Bonn.

(2) This Agreement shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification.

Article 14
Duration and Termination

(1) This Agreement shall remain in force for a period of (15) fifteen years and shall continue in force thereafter for the same period or periods of time unless, one year before the expiry of the initial or any subsequent period, either Contracting State notifies the other Contracting State in writing of its intention to terminate the Agreement.

(2) In respect of investments made prior to the date when the notice of termination of this Agreement becomes effective, the provisions of this Agreement shall continue to be effective for a further period of (20) twenty years from the date of termination of this Agreement.

Done at Kuwait this Wednesday 18th day of Shawwal 1414 H. corresponding to 30th day of March 1994, in duplicate in the German, Arabic and English languages, all texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and Arabic texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Mulack

Für den Staat Kuwait
For the State of Kuwait
Abdulmonsin Al-Hunaif

Protokoll

Protocol

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Kuwait über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Abkommens gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage genießen in jedem Fall den gleichen Schutz wie die ursprüngliche Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger eines Vertragsstaats jede Person, die einen von den zuständigen Behörden des betreffenden Vertragsstaats ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet von Investoren des anderen Vertragsstaats vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz des Abkommens.
- b) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.
- c) Das Abkommen gilt auch für die ausschließliche Wirtschaftszone und den Festlandsockel, soweit das Völkerrecht dem jeweiligen Vertragsstaat die Ausübung von damit verbundenen souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Für die Zwecke des Abkommens umfaßt der Begriff „verwandte Tätigkeiten“, ohne darauf beschränkt zu sein, die Organisation, die Kontrolle und den Betrieb von gewerblichen Unternehmen sowie anderen juristischen Personen oder deren Zweigunternehmen und die Verfügung darüber, die Aufnahme von Finanzmitteln sowie den Erwerb, die Emission und den Verkauf von Anteilspapieren und anderen Wertpapieren.
- b) Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art und der Beschäftigung von Führungskräften, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen oder des Zugangs zu den Inlandsfinanzmärkten sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung.

Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

On signing the Agreement between the Federal Republic of Germany and the State of Kuwait concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the undersigned plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Agreement:

(1) Ad Article 1

- a) Returns from the investment shall in any case enjoy the same protection as the original investment.
- b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting State concerned shall be deemed to be a national of that State.

(2) Ad Article 2

- a) Investments made, in accordance with the legislation of either Contracting State, within the territory of that Contracting State by investors of the other Contracting State shall enjoy the full protection of the Agreement.
- b) The Contracting States shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting State who wish to enter the territory of the other Contracting State in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting State who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting State and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.
- c) The Agreement shall also apply to the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting State concerned to exercise sovereign rights or jurisdiction pertaining thereto.

(3) Ad Article 3

- a) For the purpose of this Agreement the term “associated activity” shall include, but not be limited to, the organization, control, operation and disposition of commercial companies as well as other juridical persons or branches thereof, the borrowing of funds and the purchase, issue and sale of equity shares and other securities.
- b) The following shall, in particular, be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind or the employment of managerial personnel, impeding the marketing of products or the access to local financial markets, as well as any other measures having similar effects.

Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3.

c) Artikel 3 verpflichtet einen Vertragsstaat nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ansässige Investoren auszudehnen. Das gilt auch für die Fälle, in denen ein Vertragsstaat besondere steuerliche Vergünstigungen und Befreiungen nur seinen eigenen Staatsangehörigen gewährt.

(4) Zu Artikel 4

a) Ein Anspruch auf Entschädigung in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Bestimmungen des Abkommens besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen eines Vertragsstaats in ein Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage von Investoren des anderen Vertragsstaats ist, eingegriffen und dadurch die Kapitalanlage in ihrer Substanz beeinträchtigt wird.

b) Als „Enteignung“ werden auch andere Maßnahmen oder Eingriffe eines Vertragsstaats angesehen, wie das Einfrieren oder Sperren von Vermögenswerten sowie sonstige vergleichbare Maßnahmen, wenn sie in ihren Auswirkungen einer Enteignung gleichkommen.

(5) Zu Artikel 6

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 6 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung des entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Zu Artikel 8

Der Hinweis auf das Übereinkommen von 1965 in Artikel 8 Absatz 2 bedeutet, daß beide Vertragsstaaten einwilligen, Investitionsstreitigkeiten dem nach dem Übereinkommen von 1965 errichteten Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zu unterbreiten.

(7) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird ein Vertragsstaat die Transportunternehmen des anderen Vertragsstaats weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Abkommens bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Abkommens angelegt sind;

b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Kuwait am Mittwoch, 18. Shawwal 1414 H. entsprechend dem 30. März 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

c) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting State to extend to investors resident in the territory of the other Contracting State tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to investors resident in its territory. The same shall apply if and insofar a Contracting State gives special tax privileges and tax exemptions only to its own nationals.

(4) Ad Article 4

a) A claim to compensation in accordance with the principles and provisions of this Agreement shall also exist when, as a result of an intervention by a Contracting State in any company in which investment is made by investors of the other Contracting State, the investment is impaired in substance.

b) The term "expropriation" comprises also other measures or interventions by a Contracting State such as the freezing or blocking of assets or other comparable measures, if the effect of the above-mentioned measures would be tantamount to expropriation.

(5) Ad Article 6

The term "without delay" within the meaning of Article 6 is deemed to be fulfilled if a transfer is made within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and on no account shall exceed two months.

(6) Ad Article 8

Reference to the Convention 1965 under paragraph (2) of Article 8 shall be understood to mean that both Contracting States consent to submit investment disputes to the International Centre for Settlement of Investment Disputes established by the Convention 1965.

(7) Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting State shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting State and shall issue permits as required to carry out such transport. This shall include the transport of:

a) goods directly intended for an investment within the meaning of the Agreement or acquired in the territory of either Contracting State or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the Agreement are invested;

b) persons travelling in connection with an investment.

Done at Kuwait this Wednesday 18th day of Shawwal 1414 H. corresponding to 30th day of March 1994, in duplicate in the German, Arabic and English languages, all texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and Arabic texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Mulack

Für den Staat Kuwait
For the State of Kuwait
Abdulmonsir Al-Hunaif

Gesetz
zu dem Vertrag vom 28. Februar 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Litauen
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Vom 21. Januar 1997

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 28. Februar 1992 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll und den Notenwechseln vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll sowie die Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll sowie der Notenwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 21. Januar 1997

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Günter Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Litauen
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

**Lietuvos Respublikos
ir Vokietijos Federacinės Respublikos
Sutartis
dėl kapitalo investicijų
skatinimo ir jų abipusės apsaugos**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Litauen –

Lietuvos Respublika
ir
Vokietijos Federacinė Respublika,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

– norėdamos gilinti ekonominį abiejų šalių bendradarbiavimą,

– siekdamos sukurti palankias sąlygas vienos valstybės piliečių ar įmonių kapitalo investicijoms kitos valstybės teritorijoje,

– pripažindamos, kad šių kapitalo investicijų skatinimas ir sutartimis pagrįsta jų apsauga pagyvina privačią iniciatyvą ekonomikoje bei prisideda prie abiejų tautų gerovės,

– susitaria:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufschungs- und Gewinnungskonzessionen;
 eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

1 straipsnis

Šioje sutartyje:

1. Sąvoka „kapitalo investicijos“ apima bet kurios rūšies turtingas vertybes, ypač:
 - a) kilnojamojo ir nekilnojamo turto nuosavybę, taip pat kitas turtingas teises, tokias kaip ipotekos ir užstatai;
 - b) įmonės dalininko teises ir kitas dalydavimo įmonėje formas;
 - c) pretenzijas į pinigus, kuriuos vartojant buvo sukurta ekonominė vertė, arba pretenzijas į veiklą, turinčią ekonominę vertę;
 - d) teises į intelektualinę nuosavybę, ypač autorinę teisę, patentus, išradimus, pramoninius pavyzdžius ir modelius, firminius ir prekių ženklus, gamybos ir verslo paslaptis, techninius metodus, Know-how ir Goodwill (gerą valią);
 - e) teisingas koncesijas, įskaitant paieškos ir gavybos koncesijas;
 Kapitalo investicijos turinys nepasikeičia, pakeitus turto investavimo formą.
2. Sąvoka „pajamos“ apibūdina sumas, kurios atitenka per tam tikrą laiką investuotam kapitalui, pvz.: pelno dalys, dividendai, procentai, atlyginimai pagal licenciją ir kt.
3. Sąvoka „pilietis“ reiškia:
 - a) Lietuvos Respublikos atžvilgiu: asmenį, turintį Lietuvos Respublikos pilietybę;

- b) in bezug auf die Republik Litauen:
natürliche Personen, die die litauische Staatsangehörigkeit besitzen;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Hoheitsgebiet hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
- b) in bezug auf die Republik Litauen:
jedes Unternehmen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, das seinen Sitz im litauischen Hoheitsgebiet hat, gleichviel, ob seine Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum

- b) Vokietijos Federacinės Respublikos atžvilgiu:
vokiečius pagal Vokietijos Federacinės Respublikos Konstituciją.

4. Sąvoka „įmonė“ reiškia:

- a) Lietuvos Respublikos atžvilgiu:
kiekvieną įmonę, turinčią juridinio asmens teises arba veikiančią kaip fizinis asmuo, kurios buveinė yra Lietuvos Respublikos teritorijoje, nepriklausomai nuo to, ar ji savo veikla siekia pelno, ar ne;
- b) Vokietijos Federacinės Respublikos atžvilgiu:
kiekvieną juridinį asmenį, kiekvieną prekybos įmonę ar bet kurią bendrovę, arba susivienijimą, tiek turintį juridinio asmens teises, tiek ne, ir kurių buveinė yra Vokietijos Federacinės Respublikos teritorijoje, nepriklausomai nuo to, ar jie savo veikla siekia pelno, ar ne.

2 straipsnis

1. Kiekviena iš Susitariančiųjų šalių pagal išgales skatins savo teritorijoje kitos Susitariančiosios šalies piliečių ar įmonių kapitalo investavimą ir leis kapitalą investuoti pagal savo šalies teisinius norminius aktus. Bet kuriuo atveju kapitalo investicijos bus traktuojamos tik teisingai ir įstatymiškai.

2. Kiekviena iš Susitariančiųjų šalių jokiais būdais nediskriminuos savo teritorijoje esančių kitos Susitariančiosios šalies piliečių ar įmonių ir savavališkai netrukdydys jiems valdyti kapitalo investicijas, naudoti ir disponuoti jomis.

3 straipsnis

1. Kiekviena iš Susitariančiųjų šalių savo teritorijoje kapitalo investicijas, priklausančias kitos Susitariančiosios šalies piliečiams ar įmonėms, arba jų valdomas, traktuoja ne mažiau palankiai negu savo valstybės arba trečiųjų valstybių piliečių ar įmonių kapitalo investicijas.

2. Kiekviena Susitariančioji šalis savo teritorijoje užtikrina kitos Susitariančiosios šalies piliečiams ar įmonėms ne mažiau palankias veiklas, susijusias su kapitalo investavimu, sąlygas nei savo piliečiams ar įmonėms, arba trečiųjų valstybių piliečiams ir įmonėms.

3. Ši nuostata netaikoma lengvatoms, kurias viena iš Susitariančiųjų šalių teikia trečiųjų valstybių piliečiams ar įmonėms dėl jų narystės arba dalyvavimo asocijuotųjų narių teisėmis muitų arba ekonominėje sąjungoje, bendrojoje rinkoje arba laisvos prekybos zonoje.

4. Šio straipsnio nuostatos netaikomos lengvatoms, kurias viena iš Susitariančiųjų šalių teikia trečiųjų valstybių piliečiams ar įmonėms, remdamasi sutartimi dėl dvigubo apmokestinimo ar kitų su mokesčiais susijusių susitarimų.

4 straipsnis

1. Kiekviena iš Susitariančiųjų šalių savo teritorijoje užtikrina gynimą ir garantijas kitos Susitariančiosios šalies piliečių ar įmonių kapitalo investicijoms.

2. Kiekvienos iš Susitariančiųjų šalių piliečių ar įmonių kapitalo investicijos kitos Susitariančiosios šalies teritorijoje gali būti konfiskuojamos, nacionalizuojamos arba joms taikomos kitos priemonės, priylgstančios konfiskavimui arba nacionalizavimui tik visuomenės labui ir tik atlygintinai. Kompensacijos dydis turi atitikti konfiskuotų kapitalo investicijų vertę tuo momentu, kai buvo oficialiai paskelbta apie faktišką arba gresiantį konfiskavimą, nacionalizavimą arba jiems priylgstančias kitas priemones. Kompensacija turi būti sumokėta nedelsiant ir jai būtina nustatyti įprastinę banko palūkanų normą iki mokėjimo termino; turi būti suteikta

Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- der Erträge;
- zur Rückzahlung von Darlehen;
- des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesell-

galimybė šia suma faktiškai disponuoti ir laisvai ją pervedi. Konfiskavimo, nacionalizavimo arba kitos tolygios veiklos taikymo momentu turi būti tinkamu būdu iš anksto pasirūpinta kompensacijų nustatymu ir sumokėjimu. Turi būti suteikta galimybė teisine tvarka patikrinti konfiskavimo, nacionalizavimo ar tolygios veiklos teisėtumą ir kompensacijos dydį.

3. Jei vienos iš Susitariančiosios šalies piliečiai ar įmonės dėl karo ar kitų ginkluotų konfliktų, revoliucijų, ypatingos valstybinės padėties arba suirutės patiria kapitalo investicijų nuostolius kitos Susitariančiosios šalies teritorijoje, tai pirmoji Susitariančioji šalis dėl žalos atlyginimo, piniginių kompensacijų, nuostolių padengimo ir kitų kompensavimo būdų turi sulaukti ne mažesnio palankumo nei kitos Susitariančiosios šalies piliečiai ar įmonės. Tokias įmokas turi būti galima laisvai pervedi.

4. Šiame straipsnyje nurodytais atvejais vienos Susitariančiosios šalies piliečiai ar įmonės naudojami kitos Susitariančiosios šalies teritorijoje didžiausio palankumo statusu.

5 straipsnis

Kiekviena Susitariančioji šalis garantuoja kitos Susitariančiosios šalies piliečiams ar įmonėms galimybę laisvai pervedi mokėjimus, susijusius su kapitalo investicijomis, ypač:

- kapitalo ir papildomų sumų, skirtų kapitalo investicijų pastoviai apimčiai išlaikyti arba jai padidinti;
- pajamų;
- paskolų grąžinimo;
- įplaukų, susidariusių visiškai ar iš dalies likvidavus kapitalo investicijas arba jas pardavus;
- ketvirtajame straipsnyje numatytų kompensacijų.

6 straipsnis

Jeigu viena iš Susitariančiųjų šalių antrosios Susitariančiosios šalies teritorijoje esantiems savo valstybės piliečiams arba įmonėms išmoka jos teritorijoje esančių kapitalo investicijų garantuojamas sumas, tai ši antroji Susitariančioji šalis pripažįsta – nepažeisdama 10 straipsnyje numatytų pirmosios šalies teisių, – kad visos šių piliečių ar įmonių teisės ir pretenzijos perduodamos pagal įstatymą arba remiantis teisiniu sandoriu pirmajai Susitariančiajai šaliai. Be to, kita Susitariančioji šalis taip pat pripažįsta, kad pirmoji Susitariančioji šalis įgyja visas teises ir pretenzijas (perduotas pretenzijas), kuriomis gali disponuoti tokiu mastu, kaip ir prieš tai buvęs savininkas. Įmokų pervedimams, susijusiems su pretenzijų perdavimu, galioja atitinkamai 4 straipsnio 2 ir 3 dalys ir 5 straipsnis.

7 straipsnis

1. Lėšos pagal 4 straipsnio 2 ir 3 dalis, taip pat 5 ir 6 straipsnius pervedamos nedelsiant, remiantis tuo metu galiojančiu valiutos kursu.

2. Šis kursas turi atitikti kryžminį kursą (cross rate), gautą pagal perskaičiavimo kursus, kuriais mokėjimo momentu remtųsi Tarptautinis valiutos fondas, perskaičiuodamas atitinkamas valiutas pagal SDR (SPECIAL DRAWING RIGHTS).

8 straipsnis

1. Jeigu iš vienos iš Susitariančiųjų šalių teisinių nuostatų arba iš tarptautinių teisinių įsipareigojimų, kuriuos yra prisiėmusios arba ateityje prisiims Susitariančiosios šalys greta šios Sutarties, išplaukia bendra arba speciali nuostata, pagal kurią kitos Susitariančiosios šalies piliečių arba įmonių investicijoms taikomos

schaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in Ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet nach dem 29. Dezember 1990 vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragspartei über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehö-

rikaner, negu kad yra numatyta šioje Sutartyje, tai tokia nuostata šios Sutarties atžvilgiu galioja pirmumo teise tiek, kiek ji yra naudingesnė.

2. Kiekviena Susitariančioji šalis laikysis visų kitų įsipareigojimų, kuriuos ji prisiėmė ryšium su kitos Susitariančiosios šalies piliečių ar bendrovių kapitalo investicijomis savo teritorijoje.

9 straipsnis

Ši sutartis taikoma kapitalui, kurį vienos Susitariančiosios šalies piliečiai ar įmonės, suderinę su kitos Susitariančiosios šalies teisinėmis normomis, investavo tos valstybės teritorijoje po 1990 m. gruodžio 29 dienos.

10 straipsnis

1. Nesutarimus tarp Susitariančiųjų šalių dėl šios sutarties nuostatų taikymo reguliuoja, kiek įmanoma, abiejų Susitariančiųjų šalių vyriausybės.

2. Jeigu nesutarimas neišsprendžiamas šiuo būdu, tai, vienai iš Susitariančiųjų šalių reikalaujant, gali būti kreiptasi į trečiųjų teismą.

3. Trečiųjų teismas šiuo atveju sudaromas taip: kiekviena Susitariančioji šalis paskiria savo atstovą, ir tie atstovai susitaria dėl trečiosios valstybės atstovo, kaip vyriausio arbitro, kurį skiria abiejų Susitariančiųjų šalių vyriausybės. Kai viena Susitariančioji šalis praneša kitai, kad dėl nesutarimo kreipiasi į trečiųjų teismą, per du mėnesius turi būti paskirti trečiųjų teismo nariai, o per tris mėnesius – vyriausias arbitras.

4. Jei nesilaikoma terminų, numatytų 3 dalyje, ir nėra kito susitarimo, kiekviena Susitariančioji šalis turi teisę kreiptis į Tarpautinio teismo rūmų prezidentą prašydama paskirti reikiamos asmenis. Jeigu prezidentas yra vienos iš Susitariančiųjų šalių pilietis arba dėl kitų priežasčių negali atlikti šių pareigų, šio darbo turi imtis viceprezidentas. Jeigu ir viceprezidentas yra vienos iš Susitariančiųjų šalių pilietis arba dėl kitų priežasčių negali skirti šių asmenų, šias pareigas atlieka Žemeenio rango Teismo rūmų narys, kuris nėra nė vienos iš Susitariančiųjų šalių pilietis.

5. Trečiųjų teismas sprendimus priima balsų dauguma. Jo sprendimai yra privalomi. Kiekviena Susitariančioji šalis apmoka savo atstovo dalyvavimo trečiųjų teisme išlaidas; vyriausiojo arbitro dalyvavimo bei kitas išlaidas abi Susitariančios šalys dalijasi po lygiai. Trečiųjų teismas turi teisę numatyti ir kitokį išlaidų pasidalijimą. Visais kitais klausimais trečiųjų teismas savo darbo procesą nustato pats.

6. Kai abi Susitariančios šalys yra pasirašiusios 1965 m. kovo 18 d. konvenciją dėl investicinių ginčų reguliavimo tarp valstybių ir kitų valstybių piliečių, tai, atsižvelgiant į šios konvencijos 27 straipsnio 1 dalį, numatytas trečiųjų teismas gali būti nesudaromas, jeigu iki to momento vienos ar kitos Susitariančiųjų šalių piliečiai arba įmonės susitaria pagal konvencijos 25 straipsnio nuostatas. Galimybė sušaukti aukščiau minėtą trečiųjų teismą lieka nepakitusi tais atvejais, kai yra nevykdomas minėtos Konvencijos (27 straipsnis) trečiųjų teismo sprendimas arba kai pagal šios Sutarties 6 straipsnį remiantis įstatymu ar teisiniu sandoriu perleidžiamos teisės.

11 straipsnis

1. Nesutarimai dėl kapitalo investicijų tarp vienos iš Susitariančiųjų šalių ir kitos Susitariančiosios šalies piliečio ar įmonės turi

gen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Wilna ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt fünfzehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von fünfzehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 28. Februar 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Vokietijos Federacinės Respublikos vardu
Hans-Dietrich Genscher

Für die Republik Litauen
Lietuvos Respublikos vardu
Vytenis Aleškaitis

būti sprendžiami, jeigu įmanoma, taikiai (be teismo).

2. Jeigu nesutarimas nereguliuojamas per 6 mėnesius nuo tos dienos, kai apie jį paskelbė viena iš ginčo šalių, tai, kitos Susitariančiosios šalies piliečiui arba įmonei reikalaujant, jis gali būti pateiktas trečiųjų teismui. Jeigu ginčo šalys nėra susitarusios kitaip, tada taikomos 10 straipsnio 3-5 dalys, su sąlyga, kad trečiųjų teismo narius skiria ginčo šalys pagal 10 straipsnio 3 dalį. Kai nesilaikoma 10 straipsnio 3 dalyje nurodytų terminų, kiekviena ginčo šalis, jeigu nesutariama kitaip, gali prašyti Tarptautinių prekybos rūmų Paryžiuje Trečiųjų teismo prezidentą skirti tam reikalingus pareigūnus. Teismo sprendimas vykdomas, vadovaujantis Susitariančiųjų šalių vidaus teise.

3. Ginče dalyvaujanti Susitariančioji šalis teismo proceso ar teismo sprendimo vykdymo metu neprotestuotų, kad kitos Susitariančios šalies pilietis ar įmonė gavo draudimo dalinę ar visą kompensaciją už žalą.

4. Jeigu abi Susitariančios šalys yra pasirašiusios 1965 m. kovo 18 d. konvenciją dėl investicinių ginčų reguliavimo tarp valstybių ir kitų valstybių piliečių, tai nesutarimai tarp ginčo šalių pagal šį straipsnį perduodami trečiųjų teismui pagal nurodytą konvenciją, nebent ginčo šalys susitaria kitaip; kiekviena Susitariančioji šalis pareiškia sutikimą dalyvauti tokiaame procese.

12 straipsnis

Ši sutartis galioja neatsižvelgiant į tai, ar egzistuoja tarp Susitariančiųjų šalių diplomatiniai arba konsuliniai santykiai ar ne.

13 straipsnis

1. Ši sutartis turi būti ratifikuota; ratifikavimo dokumentais pasikeičiama kuo greičiau Vilniuje.

2. Ši sutartis įsigalioja, praėjus mėnesiui po to, kai pasikeičiama ratifikavimo dokumentais. Ji galioja 15 metų; praėjus šiam laikui, sutartis lieka galioti neribotą laiką, jeigu kuri iš Susitariančiųjų šalių, likus 12 mėnesių iki jos galiojimo pabaigos, raštiškai nepraneša apie sutarties nutraukimą. Praėjus 15 metų, sutartis gali būti nutraukta bet kada, pranešus apie tai prieš 12 mėnesių.

3. Kapitalui, investuotam iki šios sutarties nutraukimo momento, 1-12 straipsniai galioja dar 15 metų po sutarties nutraukimo datos.

Pasirašyta 1992 vasario 28 Bonoje Parengti 2 originalai: vienas – lietuvių, kitas – vokiečių kalba, abu turi vienodą teisinę galią.

Protokoll

Protokolas

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Paß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

Pasirašant Lietuvos Respublikos ir Vokietijos Federacinės Respublikos sutartį dėl kapitalo investicijų skatinimo ir jų abipusės apsaugos, pasirašiusieji įgalioję asmenys susitarė dėl šių papildomų nuostatų, kurios galioja kaip sutarties sudedamosios dalys:

(1) Dėl 1 straipsnio

- a) Pajamoms, gautoms iš kapitalo investicijų, o jų pakartotinio investavimo atveju – ir šioms pajamoms, taikomos tos pačios garantijos, kaip ir kapitalo investicijoms.
- b) Kiekvienos iš Susitariančiųjų šalių piliečiu laikomas asmuo, turintis atitinkamų Susitariančiosios šalies žinybų išduotą nacionalinį pasą, arba asmuo, kurio pilietybė gali būti nustatyta kitokiu būdu.

(2) Dėl 2 straipsnio

- a) Kapitalui, kurį yra investavę vienos iš Susitariančiųjų šalių piliečiai ar įmonės, pagal kitos Susitariančiosios šalies teisinės normos jos teritorijoje taikomos visos šios šalies sutarties garantijos.
- b) Ši sutartis taikoma ir ypatingai ekonominei zonai bei kontinentiniam šelfui, jeigu tarptautinė teisė leidžia Susitariančiajai šaliai realizuoti šiose teritorijose suverenias teises arba aukščiausiosios valdžios įgaliojimus.

(3) Dėl 3 straipsnio

- a) Šio 3 straipsnio 2 dalyje sąvoka „veikla“ reiškia visų pirma, bet ne vien tik kapitalo investicijų valdymą, naudojimą, disponavimą. „Mažesnis palankumas“ pagal 3 straipsnį visų pirma suprantamas: žaliavų ir pagalbinių medžiagų, energijos ir degalų, taip pat visų rūšių produkcijos ir gamybinų priemonių įsigijimo apribojimas, trukdymai realizuoti produkciją šalyje ir užsienyje bei kitos panašaus poveikio priemonės. Priemonės, kurių imamasi siekiant užtikrinti viešąją tvarką ir saugumą, tautos sveikatą ir dorovę, nelaikomos „mažesniu palankumu“, numatytu 3 straipsnyje.
- b) 3 straipsnio nuostatos nepareigoja vienos Susitariančiosios šalies kitos Susitariančiosios šalies teritorijoje gyvenantiems fiziniams asmenims ir joje esančioms įmonėms taikyti mokesčių lengvatas arba atleidimą nuo mokesčių pagal mokesčių įstatymus, galiojančius tik savo valstybės teritorijoje gyvenantiems fiziniams asmenims arba joje esančioms įmonėms.
- c) Susitariančiosios šalys pagal jų vidaus teisinės normas geranoriškai nagrinėja pateiktus pareiškimus dėl įvažiavimo ir buvimo šalyje kitos Susitariančiosios šalies piliečių, kurių įvažiavimas į šios šalies teritoriją susijęs su kapitalo investicijomis; ta pati tvarka taikoma vienos Susitariančiosios šalies darbuotojams, kurie nori įvažiuoti ir būti kitos Susitariančiosios šalies teritorijoje, kad galėtų dirbti darbą, susijusį su kapitalo investavimu. Taip pat geranoriškai nagrinėjami pareiškimai dėl leidimo dirbti.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 5

Für die Anwendung von Artikel 5 durch die Republik Litauen wird folgendes vereinbart:

- a) Während einer Übergangszeit von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags wird die Republik Litauen alle Anstrengungen unternehmen, die für den freien Transfer erforderlichen Devisen zur Verfügung zu stellen, insbesondere für den Transfer von Erträgen. Unabhängig davon sind Entschädigungen nach Artikel 4 dieses Vertrags frei transferierbar.
- b) Nach Ablauf der unter Buchstabe a genannten Übergangszeit gilt Artikel 5 uneingeschränkt.

(6) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines vollständig gestellten und formgerechten Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(7) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Bonn am 28. Februar 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(4) Dėl 4 straipsnio

Galima reikalauti atlyginti nuostolius ir tuo atveju, jeigu valstybinėmis priemonėmis buvo kišamasi į įmonės veiklą, kuri yra kapitalo investicijų objektas, ir dėl to padaryta žymių ekonominių nuostolių.

(5) Dėl 5 straipsnio

Susitarta dėl 5 straipsnio taikymo Lietuvos Respublikoje:

- a) Trejų metų pereinamoju laikotarpiu po šios sutarties įsigaliojimo Lietuvos Respublika stengsis sudaryti sąlygas valiutai laisvai perversi, ypač pajamoms perversi. Kompensacijos pagal šios sutarties 4 straipsnį turi būti laisvai pervedamos.
- b) Pasibaigus a punkte nurodytam pereinamajam laikotarpiui, 5 straipsnis galioja be apribojimų.

(6) Dėl 7 straipsnio

Pagal 7 straipsnio 1 dalį sąvoka perversi „nedelsiant“ suprantama, kad lėšas perversi būtina per tam tikrą terminą, reikalingą įprastiems formalumams atlikti. Šis terminas prasideda pateikus išsamų atitinkamos formos pareiškimą ir jokiū būdu negali viršyti 2 mėnesių laikotarpio.

(7) Pervežant prekes ir vykstant asmenims, viena iš Susitariančiųjų šalių netrukdyt kitos Susitariančiosios šalies transporto įmonėms ir, jei reikia, duos leidimus pervežimams.

Čia kalbama apie pervežimus:

- a) prekių, tiesiogiai susijusių su kapitalo investicijomis, remiantis šia sutartimi, ar prekių, kurias reikia įsigyti įmonėms arba įmonių pavedimu vienos iš Susitariančiųjų šalių teritorijoje arba trečiojoje valstybėje, kuriose investuotas turtas;
- b) asmenų, vykstančių kapitalo investicijų reikalais.

Pasirašyta 1992 vasario 28 Bonoje Paruošti 2 originalai: vienas – lietuvių, kitas – vokiečių kalba, abu turi vienodą teisinę galią.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Vokietijos Federacinės Respublikos vardu
Hans-Dietrich Genscher

Für die Republik Litauen
Lietuvos Respublikos vardu
Vytenis Aleškaitis

Sehr geehrter Herr Minister,

ich beehre mich, unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zu bestätigen, daß während der Verhandlungen zusätzlich Einvernehmen über folgendes erzielt wurde:

Abweichend von der Bestimmung des Artikels 9 gilt der Vertrag auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei schon vor dem 29. Dezember 1990 vorgenommen haben, wenn diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei stehen. Dies bedeutet insbesondere, daß Investitionen in der Republik Litauen registriert sein müssen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn sie dieses Einvernehmen bestätigen würden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Vytenis Aleškaitis
Minister für Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Hans-Dietrich Genscher
Bonn

Der Bundesminister des Auswärtigen
Bonn, den 28. Februar 1992

Herr Minister,

ich beehre mich, den Empfang der Note der Regierung der Republik Litauen vom 28. Februar 1992 mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

Ich beehre mich, unter Bezug auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zu bestätigen, daß während der Verhandlungen zusätzlich Einvernehmen über folgendes erzielt wurde:

Abweichend von der Bestimmung des Artikels 9 gilt der Vertrag auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei schon vor dem 29. Dezember 1990 vorgenommen haben, wenn diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei stehen.

Dies bedeutet insbesondere, daß Investitionen in der Republik Litauen registriert sein müssen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Einvernehmen bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hans-Dietrich Genscher

An den
Minister für Internationale Wirtschaftsbeziehungen
der Republik Litauen
Herrn Vytenis Aleškaitis

Didžiai gerbiamas pone Ministre,

remdamasis šiandien pasirašyta Vokietijos Federacinės Respublikos ir Lietuvos Respublikos sutartimi dėl investicijų skatinimo ir jų abipusės apsaugos, turiu garbės pareikšti, kad derybų metu buvo pasiektas toks papildomas susitarimas:

Nepaisant 9 straipsnio nuostatų, sutartis taip pat galioja kapitalo investicijoms, kurias vienos Susitariančios šalies piliečiai ir įmonės padarė kitos Susitariančios šalies teritorijoje iki 1990 metų gruodžio 29 dienos, jei tos kapitalo investicijos atitinka tos Susitariančios šalies teisinės nuostatas. Tai reiškia ypač, kad investicijos turi būti įregistruotos Lietuvos Respublikoje.

Būčiau dėkingas, jei Jūs patvirtintumėte šį susitarimą.

Leiskite, didžiai gerbiamas pone Ministre, užtikrinti Jus kuo giliausia savo pagarba.

Vytenis Aleškaitis
Tarptautinių ekonominių santykių Ministras

Jo Ekselencijai
Vokietijos Federacinės Respublikos Užsienio reikalų Ministrui
ponui Hans-Dietrich Genscher
Bonn

(Höflichkeitsübersetzung)

Vokietijos Federacinės Respublikos Užsienio Reikalų Ministras
Bona, 1992 m. vasario 28 d.

Pone Ministre,

Aš turiu garbės patvirtinti, jog gavau 1992 metų vasario 28 dienos Lietuvos Respublikos Vyriausybės tokio turinio notą:

Remdamasis šiandien pasirašyta Vokietijos Federacinės Respublikos ir Lietuvos Respublikos sutartimi dėl investicijų skatinimo ir jų abipusės apsaugos, turiu garbės pareikšti, kad derybų metu buvo pasiektas toks papildomas susitarimas:

Nepaisant 9 straipsnio nuostatų, sutartis taip pat galioja kapitalo investicijoms, kurias vienos susitariančios šalies piliečiai ir įmonės padarė kitos susitariančios šalies teritorijoje iki 1990 metų gruodžio 29 dienos, jei tos kapitalo investicijos atitinka tos susitariančios šalies teisinės nuostatas.

Tai reiškia ypač, kad investicijos turi būti įregistruotos Lietuvos Respublikoje.

Būčiau dėkingas, jei Jūs patvirtintumėte šį susitarimą.

Leiskite, didžiai gerbiamas pone Ministre, užtikrinti jus kuo giliausia savo pagarba.

Tarptautinių Ekonominių Ryšių Ministrui
ponui Vyteniui Aleškaičiui

Sehr geehrter Herr Minister,

aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Litauen und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Litauen wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Litauen schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Litauen schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags erwägt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Vytenis Aleškaitis
Minister für Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Hans-Dietrich Genscher
Bonn

Der Bundesminister des Auswärtigen

Bonn, 28. Februar 1992

Herr Minister,

ich beehre mich, den Empfang der Note der Regierung der Republik Litauen vom 28. Februar 1992 mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Litauen und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Litauen wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Litauen schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung gegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Litauen schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewährt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hans-Dietrich Genscher

An den
Minister für Internationale Wirtschaftsbeziehungen
der Republik Litauen
Herrn Vytenis Aleškaitis

Didžiai gerbiamas pone Ministre,

sutarties pasirašymo tarp Lietuvos Respublikos ir Vokietijos Federacinės Respublikos dėl kapitalo investicijų skatinimo ir jų abipusės apsaugos proga, turiu garbės pranešti Jums štai ką:

Lietuvos Respublikos Vyriausybė, susipažinusi su tuo, kad kompetentingos Vokietijos Federacinės Respublikos įstaigos gali garantuoti priemones vokiečių kapitalo investicijoms Lietuvoje skatinti jau prieš sutarties įsigaliojimą, laikinai taikys sutartį nuo pasirašymo dienos. Šis pareiškimas daromas tikintis, kad Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybė apsvarstys kapitalo investicijų Lietuvoje garantijų perėmimą dar prieš įsigaliojant sutarčiai.

Leiskite, Jūsų Ekselencija, pareikšti mano didžiausią pagarbą.

Vytenis Aleškaitis
Tarpautinių ekonominių santykių ministras

Jo Ekselencijai
Vokietijos Federacinės Respublikos Užsienio reikalų Ministrui
ponui Hans-Dietrich Genscher
Bonn

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 21. Januar 1994
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Namibia
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

Vom 21. Januar 1997

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Windhuk am 21. Januar 1994 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Namibia über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage sowie den Notenwechseln vom 21. Januar 1994 und 3. Mai 1994 wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und die Notenwechsel vom 21. Januar 1994 und 3. Mai 1994 werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2, das Protokoll und der Notenwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 21. Januar 1997

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Günter Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Namibia
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Treaty
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Namibia
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Namibia –

The Federal Republic of Germany
and
the Republic of Namibia,

in den Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

desiring to intensify economic co-operation between both States,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

intending to create favourable conditions for investments by nationals and companies of either State in the territory of the other State,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations,

haben folgendes vereinbart:

have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

For the purposes of this Treaty

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere

1. the term "investments" comprises every kind of asset, in particular:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
- c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

- (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
- (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
- (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
- (d) intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility-model patents, registered designs, trademarks, trade-names, trade and business secrets, technical processes, know-how, and good will;
- (e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

2. the term "returns" means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“

3. the term "nationals" means

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

- (a) in respect of the Federal Republic of Germany: Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany,

- b) in bezug auf die Republik Namibia:
Personen, die aufgrund der Verfassung der Republik Namibia Staatsbürger Namibias sind;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Hoheitsgebiet hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
- b) in bezug auf die Republik Namibia:
nach gültigem namibischem Recht gegründete Kapitalgesellschaften, Firmen und Vereinigungen, die unter wirtschaftlicher Kontrolle von namibischen Staatsangehörigen stehen und die ihren Geschäftssitz in der Republik Namibia haben.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden

- (b) in respect of the Republic of Namibia:
Persons who are citizens of Namibia by virtue of the Constitution of the Republic of Namibia;
4. the term "companies" means

- (a) in respect of the Federal Republic of Germany:
any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the German territory, irrespective of whether or not its activities are directed at profit,
- (b) in respect of the Republic of Namibia:
Corporations firms and associations incorporated or constituted under the law in force in Namibia, which are beneficially controlled by Namibian Nationals, and which have their principal place of business in Namibia.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by nationals or companies of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its legislation. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting Party shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory of nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 3

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory owned or controlled by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall subject nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the

und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs ist der freie Wechselkurs, der am Tag des Erwerbs der für die Transferierung bezeichneten Währung von einem ordnungsgemäß zugelassenen Devisenhändler in dem Land, von dem aus die Transferierung vorgenommen wird, gültig ist.

(3) Ist ein freier Wechselkurs nach Absatz 2 nicht vorhanden, so muß der gültige Kurs im Sinne des Absatzes 1 dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that which the latter Contracting Party accords to its own nationals or companies as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in the present Article.

Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) of the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) of the returns;
- (c) in repayment of loans;
- (d) of the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) of the compensation provided for in Article 4.

Article 6

If either Contracting Party makes a payment to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such national or company to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply mutatis mutandis.

Article 7

(1) Transfers under Article 4 (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the applicable rate of exchange.

(2) This rate of exchange shall be the free market rate applicable on the day of the purchase of the currency in which the transfer is denominated from a duly authorised foreign exchange dealer in the country from which the transfer is made.

(3) If no free market rate is available under paragraph (2) the applicable rate of exchange according to paragraph (1) shall correspond to the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsge-

Article 8

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 9

This Treaty shall also apply to investments made prior to its entry into force by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation.

Article 10

(1) Divergencies between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) If a divergency cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitration tribunal.

(3) Such arbitration tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it intends to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The arbitration tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitration tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitration tribunal shall determine its own procedure.

(6) If both Contracting Parties are Contracting States of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States the arbitration tribunal provided for above may in consideration of the provision of Article 27 (1) of the said Convention not be appealed to insofar as agreement has been reached between the national or company of one Contracting Party and the other Contracting Party under Article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitration tribunal in the event that a decision of the Arbitration Tribunal established under the said Convention is not complied with (Article 27) or in the case of an

richts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht einer der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Windhoek am 21. Januar 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in Article 6 of this Treaty.

Article 11

(1) Divergencies concerning investments between a Contracting Party and a national or company of the other Contracting Party should as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the divergency cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of the national or company of the other Contracting Party, be submitted for arbitration. Unless the parties in dispute agree otherwise, the divergency shall be submitted for arbitration under the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

(3) The award shall be binding and shall not be subject to any appeal or remedy other than those provided for in the said Convention. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(4) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting Party involved in the dispute shall not raise the objection that the national or company of the other Contracting Party has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

Article 12

This Treaty shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

Article 13

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Bonn.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years this Treaty may be denounced at any time by either Contracting Party giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, the provisions of Articles 1 to 12 shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination of this Treaty.

Done at Windhoek on 21 January 1994 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Schumacher

Für die Republik Namibia
For the Republic of Namibia
Hamutenya

Protokoll

Protocol

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Namibia über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.
- c) Die Republik Namibia hat das Recht, Kapitalanlagen hinsichtlich des Grunderwerbs sowie der Erteilung von Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen zu beschränken. Solche Beschränkungen treten durch Mitteilung hierüber an die andere Vertragspartei in Kraft.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Vorbehaltlich der Bestimmung in Protokollnotiz zu Artikel 1 Buchstabe c ist als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

On signing the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Namibia concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the undersigned plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Treaty:

(1) Ad Article 1

- (a) Returns from the investment and, in the event of their re-investment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.
- (b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting Party concerned shall be deemed to be a national of that Party.
- (c) The Republic of Namibia shall have the right to impose restrictions in respect of investment into immovable property and concessions to search for, extract and exploit natural resources. Such restrictions shall come into force upon notification thereof to the other Contracting Party.

(2) Ad Article 2

- (a) Investments made, in accordance with the legislation of either Contracting Party, within the territory of that Contracting Party by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of the Treaty.
- (b) The Treaty shall also apply to the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas.

(3) Ad Article 3

- (a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. Subject to the provision of the Protocol ad Article 1 (c) the following shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3.

- b) Artikel 3 verpflichtet eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die in Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.
- d) Artikel 3 schließt nicht aus, daß eine Vertragspartei durch gesetzliche Regelung einen Wirtschaftszweig ihren eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften vorbehält, sofern diese Regelung nur der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben dient und die Rechte unberührt läßt, die eine Kapitalanlage, auf die der Vertrag Anwendung findet, im Zeitpunkt der Regelung bereits erworben hat.
- (b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to natural persons or companies resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to natural persons and companies resident in its territory.
- (c) The Contracting Parties shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.
- (d) The provisions of Article 3 shall not preclude the legal designation by a Contracting Party of a category of trade or business as reserved for its own nationals or companies, provided that such designation is for the purpose of promoting small- and medium-sized businesses only, and does not affect rights which at the time of the designation have already accrued to an investment to which the Treaty applies.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(4) Ad Article 4

A claim to compensation shall also exist when, as a result of State intervention in the company in which the investment is made, its economic substance is severely impaired.

(5) Zu Artikel 5

Unbeschadet des Artikels 5 kann Namibia für den Transfer der dort genannten Beträge folgende Bedingungen vorsehen:

(5) Ad Article 5

Notwithstanding the provisions of Article 5, Namibia is entitled to specify the following conditions for the transfer of the amounts referred to therein:

- a) Für die Rückzahlung von Darlehen:
Genehmigung des Rückzahlungsplans durch die Bank von Namibia oder eine andere zuständige Stelle.
- b) Für Lizenz- und andere Entgelte:
Genehmigung des zugrundeliegenden Vertrags durch die zuständige namibische Behörde.
- c) Im Fall außergewöhnlicher Zahlungsbilanzschwierigkeiten kann die Regierung der Republik Namibia für einen Zeitraum von höchstens drei Jahren den freien Transfer des Erlöses aus dem Verkauf oder der Liquidation einer Kapitalanlage von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei begrenzen und ratenweisen Transfer vorschreiben. Auf Antrag des Kapitalanlegers werden nicht transferierte Beträge auf einem Konto in konvertierbarer Währung gutgeschrieben und mit dem auf dem internationalen Markt notierten Zinssatz für die entsprechende Währung verzinst.
- (a) For the repayment of loans:
approval of the repayment plan by the Bank of Namibia or another competent authority.
- (b) For royalties and fees:
approval of the relevant agreement by the competent Namibian authority.
- (c) In the case of exceptional balance of payments difficulties, the Government of the Republic of Namibia is entitled, for a maximum of three years, to limit the free transfer of the proceeds from the sale or liquidation of an investment of the nationals or companies of the other Contracting Party and to prescribe transfer by instalments. At the investor's request, amounts not transferred shall be paid into an account in convertible currency and shall accrue interest at the rate quoted on the international market for the currency concerned.

(6) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Ad Article 7

A transfer shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of Article 7 (1) if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.

(7) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

(7) Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport. This shall include the transport of

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Ver-
- (a) goods directly intended for an investment within the meaning of the Treaty or acquired in the territory of either Contracting

- | | |
|---|--|
| <p>tragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;</p> <p>b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.</p> | <p>Party or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the Treaty are invested;</p> <p>(b) persons travelling in connection with an investment.</p> |
|---|--|

Geschehen zu Windhuk am 21. Januar 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done at Windhoek on 21 January 1994 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Schumacher

Für die Republik Namibia
For the Republic of Namibia
Hamutenya

Notenwechsel

(Übersetzung)

Ministry of Trade and Industry

Windhoek, 21st January 1994

H. E. Dr. Hanns H. Schumacher
Ambassador
Federal Republic of Germany
154 Independence Avenue
6th Floor, Sanlam Centre

Windhoek

Excellency,

I have the honour to inform you that on the occasion of the signing of the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Namibia concerning the Encouragement of Reciprocal Protection of Investments, agreement has also been achieved on the following matter:

With regard to problems arising from the application of Article 5 of the Treaty concerning investments made by German investors in the Republic of Namibia prior to 21st March 1990, the Contracting Parties will on the request of either side hold consultations with a view to achieving a mutually acceptable solution.

I shall be grateful if you would kindly confirm the above understanding.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

Hamutenya

Ministerium für Handel und Industrie

Windhuk, 21. Januar 1994

S.E. Dr. Hanns H. Schumacher
Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Exzellenz,

ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Namibia über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen auch in folgender Angelegenheit eine Einigung erzielt wurde:

In bezug auf Probleme, die sich aus der Anwendung des Artikels 5 des Vertrags im Zusammenhang mit Kapitalanlagen ergeben, die von deutschen Kapitalanlegern in der Republik Namibia vor dem 21. März 1990 vorgenommen wurden, werden die Vertragsparteien auf Antrag einer von ihnen Konsultationen abhalten, um eine beiderseits annehmbare Lösung zu erreichen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die obige Vereinbarung bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hamutenya

(Übersetzung)

The Ambassador
of the Federal Republic of Germany

Windhoek, 21 January 1994

The Minister of Trade and Industry
of the Republic of Namibia
Hon. Hidipo Hamutenya
Windhoek

Honourable Minister,

I have the honour to confirm the receipt of your note dated 21 January 1994 reading as follows:

"I have the honour to inform you that on the occasion of the signing of the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Namibia concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments agreement has also been achieved on the following matter:

With regard to problems arising from the application of Article 5 of the Treaty concerning investments made by German investors in the Republic of Namibia prior to 21 March 1990 the Contracting Parties will on the request of either side hold consultations with a view to achieving a mutually acceptable solution."

I shall be grateful if you would kindly confirm the above understanding.

Please accept, Honourable Minister, the assurances of my highest consideration.

Schumacher

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Windhuk, 21. Januar 1994

An den Minister für Handel und Industrie
der Republik Namibia
Hidipo Hamutenya
Windhuk

Sehr geehrter Herr Minister,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 21. Januar 1994 mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Namibia über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen auch in folgender Angelegenheit eine Einigung erzielt wurde:

In bezug auf Probleme, die sich aus der Anwendung des Artikels 5 des Vertrags im Zusammenhang mit Kapitalanlagen ergeben, die von deutschen Kapitalanlegern in der Republik Namibia vor dem 21. März 1990 vorgenommen wurden, werden die Vertragsparteien auf Antrag einer von ihnen Konsultationen abhalten, um eine beiderseits annehmbare Lösung zu erreichen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die obige Vereinbarung bestätigen würden."

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Schumacher

(Übersetzung)

Ministry of Trade and Industry

Windhoek, 3rd May 1994

Mr. Hellmut Hoffmann
 Charge d'Affaires
 Embassy of the Federal Republic of Germany
 154 Independence Avenue
 6th Floor, Sanlam Centre

Windhoek
 Republic of Namibia

Dear Mr. Hoffmann,

With respect to the Treaty between the Republic of Namibia and the Federal Republic of Germany concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, which was signed in Windhoek on 21 January 1994, I have the honour to inform you as follows:

The Government of the Republic of Namibia, after having taken note of the fact that the competent authorities of the Federal Republic of Germany may grant measures for the encouragement of German investments in Namibia already prior to the entry into force of the Treaty, will apply the Treaty on a preliminary basis already as from the date of its signing. This declaration of intent is made in the expectation that the Government of the Federal Republic of Germany is considering to grant guarantees for German investments in Namibia already prior to the entry into force of the Treaty.

Sincerely yours,

Hamutenya

Embassy
 of the Federal Republic of Germany

Ministerium für Handel und Industrie

Windhuk, 3. Mai 1994

Herrn Hellmut Hoffmann
 Geschäftsträger
 Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

Windhuk

Sehr geehrter Herr Hoffmann,

bezugnehmend auf den Vertrag zwischen der Republik Namibia und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, der am 21. Januar 1994 in Windhuk unterzeichnet wurde, beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Namibia wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Namibia schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Absichtserklärung wird in der Erwartung abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Namibia schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags erwägt.

Ihr ergebener

Hamutenya

Botschaft
 der Bundesrepublik Deutschland

(Übersetzung)

Windhoek

Windhoek, 3 May 1994

Hon. Hidipo Hamutenya
 Minister of Trade and Industry

Windhoek

Honourable Minister,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 3 May 1994 which reads as follows:

"With respect to the Treaty between the Republic of Namibia and the Federal Republic of Germany concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, which was signed in Windhoek on 21 January 1994, I have the honour to inform you as follows:

The Government of the Republic of Namibia, after having taken note of the fact that the competent authorities of the Federal Republic of Germany may grant measures for the encouragement of German investments in Namibia already prior to the entry into force of the Treaty, will apply the Treaty on a preliminary basis already as from the date of its signing. This declaration of intent is made in the expectation that the Government of the Federal Republic of Germany is considering to grant guarantees for German investments in Namibia already prior to the entry into force of the Treaty."

Please accept, Honourable Minister, the assurance of my highest consideration.

Hoffmann

Windhuk

Windhuk, 3. Mai 1994

Hidipo Hamutenya
 Minister für Handel und Industrie

Windhuk

Sehr geehrter Herr Minister,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 3. Mai 1994 mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

„Bezugnehmend auf den Vertrag zwischen der Republik Namibia und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, der am 21. Januar 1994 in Windhuk unterzeichnet wurde, beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Namibia wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Namibia schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Absichtserklärung wird in der Erwartung abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Namibia schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags erwägt.“

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hoffmann

Gesetz
zu dem Vertrag vom 30. Januar 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Peru
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Vom 21. Januar 1997

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Lima am 30. Januar 1995 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Peru über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 12 Abs. 1 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 21. Januar 1997

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Günter Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Peru
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Convenio
entre la República Federal de Alemania
y la República del Perú
sobre Promoción y Protección recíproca de Inversiones

Die Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Republik Peru
 (nachfolgend „die Vertragsparteien“ genannt) –

La República Federal de Alemania
 y
 la República del Perú,
 en adelante denominadas «Las Partes Contratantes»,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Wohle beider Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer der Vertragsparteien im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ alle Arten von Vermögenswerten gemäß der Gesetzgebung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage vorgenommen wird, insbesondere, aber nicht ausschließlich
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Aktien oder Anteilsrechte an Gesellschaften sowie andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen oder vertraglich vereinbarte Ansprüche sowie gesetzlich begründete Rechte auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen und gewerblichen Eigentums wie Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, patentierte oder nicht patentierte technische Verfahren und Kenntnisse, technische Unterlagen und Anweisungen, Know-how und Goodwill;
 - e) Konzessionen, die durch Gesetz oder Vertrag von den Vertragsparteien oder ihren öffentlichen Körperschaften für die Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit vergeben werden, einschließlich der Aufsuchungs- und Gewinnkonzessionen für natürliche Ressourcen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

Deseosas de intensificar la cooperación económica para el beneficio mutuo de ambos países,

Con el propósito de crear condiciones favorables para las inversiones efectuadas por los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes en el territorio de la otra Parte Contratante,

Reconociendo que la promoción y la protección de esas inversiones mediante un Convenio pueden servir de estímulo a la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

Han convenido lo siguiente:

Artículo 1

Para los efectos del presente Convenio:

- (1) «Inversión» designa todo tipo de activo definido de acuerdo con las leyes y reglamentaciones de la Parte Contratante en cuyo territorio se realizó la inversión; esto incluye en particular pero no exclusivamente:
 - (a) La propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, tales como hipotecas y derechos de prenda;
 - (b) Acciones o derechos de participación en sociedades y otros tipos de participaciones en sociedades;
 - (c) Derechos a fondos empleados para crear un valor económico o a prestaciones bajo contrato y derechos otorgados por ley, que tengan un valor económico;
 - (d) Derechos de propiedad intelectual e industrial, tales como derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, modelos y diseños industriales, marcas, nombres comerciales, procedimientos y conocimientos tecnológicos patentados o no, documentos técnicos e instrucciones, know how y goodwill;
 - (e) Las concesiones otorgadas, por ley o contrato, por las Partes Contratantes o sus entidades públicas para el ejercicio de una actividad económica, incluidas las concesiones de prospección, exploración y explotación de los recursos naturales.

Las modificaciones en la forma de inversión de los bienes no afectan su carácter de inversión.

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage entfallen, wie Gewinnanteile, Zinsen, Dividenden, Lizenz- und andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Republik Peru: Peruaner im Sinne der Politischen Verfassung Perus;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“ juristische Personen, Gesellschaften bürgerlichen Rechts und Handelsgesellschaften sowie sonstige Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.
- (2) «Ganancias» designa a las sumas obtenidas de una inversión, tales como utilidades, intereses, dividendos, regalías y otros ingresos.
- (3) El concepto de «Nacionales» designa:
- (a) Con referencia a la República Federal de Alemania: Los alemanes de acuerdo a lo establecido en la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;
 - (b) Con referencia a la República del Perú: Los peruanos de acuerdo a lo establecido en la Constitución Política del Perú.
- (4) «Sociedades» designa a todas las personas jurídicas, incluidas las sociedades civiles y comerciales y demás asociaciones con personería jurídica o sin ella, que tengan su sede en el territorio de una de las Partes Contratantes, independientemente que su actividad tenga o no fines lucrativos.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei fördern und sie in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Gesetzgebung vorgenommen werden, genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei oder Kapitalanlagen, an denen Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei beteiligt sind, in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone, wegen ihrer Assoziation damit oder wegen ähnlicher internationaler Vereinbarungen einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen und Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit diesem Vertrag von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei

Artículo 2

(1) Cada una de las Partes Contratantes promoverá dentro de su territorio las inversiones de nacionales y sociedades de la otra Parte Contratante y las admitirá de conformidad con sus leyes y reglamentaciones. Cada Parte Contratante asegurará un tratamiento justo y equitativo para las inversiones de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante.

(2) Ninguna de las Partes Contratantes perjudicará en su territorio la administración, la utilización, el uso, o el aprovechamiento de las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante a través de medidas arbitrarias o discriminatorias.

(3) Las inversiones realizadas por nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes en el territorio de la otra Parte Contratante, de conformidad con las leyes y reglamentaciones de ésta última, gozarán de la plena protección de este Convenio.

Artículo 3

(1) Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante o las inversiones en las que mantengan participaciones los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a un trato menos favorable que el que se conceda a las inversiones de los propios nacionales y sociedades o a las inversiones de nacionales y sociedades de terceros Estados.

(2) Ninguna de las Partes Contratantes someterá, en su territorio, a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con inversiones, a un trato menos favorable que a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

(3) Dicho trato no se extenderá a los privilegios que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, un mercado común, una zona libre de comercio, por su asociación con tales agrupaciones o acuerdos internacionales similares.

(4) El trato convenido por el presente artículo no se extenderá a los beneficios y ventajas que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de la celebración de Convenios o Acuerdos para evitar la doble imposición u otros acuerdos en materia impositiva.

Artículo 4

(1) Las inversiones de los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán de plena protección y seguridad jurídica en el territorio de la otra Parte Contratante.

(2) Las inversiones de nacionales o sociedades de una Parte Contratante efectuadas de conformidad con el presente Conve-

vorgenommen wurden, dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur wenn es das öffentliche Wohl erfordert und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen.

(3) Die Entschädigung muß dem Wert der Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein.

(4) Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme, die Höhe der Entschädigung und alle anderen damit in Zusammenhang stehenden Fragen müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(5) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand, Kriegsrecht oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückstellungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(6) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere:

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c genannten Darlehen sowie der darauf entfallenden Zinsen;
- d) des Erlöses im Fall der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der Entschädigungen nach Artikel 4.

(2) Der Transfer erfolgt unverzüglich und ohne Beschränkungen in einer frei konvertierbaren Währung zu dem jeweils gültigen Kurs. Dieser Kurs darf nicht wesentlich vom Kreuzkurs (cross-rate) abweichen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für nicht kommerzielle Risiken einer Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in die Rechtsstellung des vorherigen Inhabers nach Grund und Höhe an. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gilt Artikel 5 dieses Vertrags.

nio, no podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas o sometidas a otras medidas que en sus efectos equivalgan a expropiación o nacionalización, salvo por causa de necesidad pública y, en tal caso, deberán ser indemnizadas.

(3) La indemnización deberá corresponder al valor de la inversión expropiada o nacionalizada inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación efectiva o inminente, la nacionalización o medida equivalente. La indemnización deberá abonarse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago efectivo, según el tipo usual de interés bancario, deberá de ser realizable y libremente transferible.

(4) La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equivalente, el monto de la indemnización y cualquier otra cuestión relacionada podrán ser revisadas en un procedimiento judicial ordinario.

(5) Los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes que sufran pérdidas en sus inversiones por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional, estado de sitio e insurrección, en el territorio de la otra Parte Contratante, serán tratados por ésta última no menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades en lo que respecta a restituciones, compensaciones, indemnizaciones u otros resarcimientos. Estos pagos deberán ser libremente transferibles.

(6) En lo que concierne a las materias regidas por este artículo, los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante del trato de la nación más favorecida.

Artículo 5

(1) Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la libre transferencia de los pagos relacionados con una inversión, especialmente:

- (a) el capital de la inversión y las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión;
- (b) las ganancias;
- (c) la amortización de los préstamos definidos en el inciso c) del apartado 1 del artículo 1 del presente Convenio, así como sus intereses;
- (d) el producto de la venta o liquidación total o parcial de la inversión;
- (e) las indemnizaciones previstas en el artículo 4.

(2) La transferencia se efectuará en moneda libremente convertible, sin restricción ni demora al tipo de cambio aplicable en cada caso. Dicho tipo de cambio no deberá diferir sustancialmente del tipo cruzado (cross rate) de los tipos de cambio que el Fondo Monetario Internacional aplicaría si en la fecha de pago se cambiaran las monedas de los países interesados en derechos especiales de giro.

Artículo 6

Si una de las Partes Contratantes efectúa pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía otorgada por una inversión contra riesgos no comerciales en el territorio de la otra Parte Contratante, esta última, sin perjuicio de los derechos que en virtud del artículo 9 corresponderían a la primera Parte Contratante, reconocerá la subrogación en todos los derechos de aquellos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante, bien sea por disposición legal o por acto jurídico. Asimismo, la otra Parte Contratante reconocerá la causa y el alcance de la subrogación de la primera Parte Contratante en la posición legal del titular anterior. Para la transferencia de los pagos en virtud de los derechos transferidos regirá, mutatis mutandis, el artículo 5 de este Convenio.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus Übereinkünften, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

Dieser Vertrag gilt auch für die Angelegenheiten, die sich nach Inkrafttreten dieses Vertrags in bezug auf Kapitalanlagen ergeben, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit deren Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien auf diplomatischem Wege beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt. Beide Mitglieder einigen sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit; seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Haben ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft einer der Vertragsparteien und die andere Vertragspartei eine Streitigkeit einem zuständigen internationalen Schiedsgericht oder dem zuständigen Gericht dieser Vertragspartei nach den Bestimmungen des Artikels 10 dieses Vertrags unterbreitet, wird die erstgenannte Vertragspartei in derselben Angelegenheit kein Streitlichtungsverfahren nach diesem Artikel einleiten, es sei denn, die andere Vertragspartei befolgt den Schiedsspruch oder vollstreckt das Urteil nicht.

Artículo 7

(1) Si de las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes o de lo convenido por las Partes Contratantes más allá de lo acordado en el presente Convenio, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Convenio, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Convenio, en cuanto sea más favorable.

(2) Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación a las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artículo 8

El presente Convenio se aplicará, también, a los asuntos surgidos después de su entrada en vigor relacionados con inversiones efectuadas por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante en el territorio de la otra Parte Contratante de acuerdo a sus leyes y reglamentaciones, antes de la entrada en vigor del Convenio.

Artículo 9

(1) Las controversias que surgieran entre las Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Convenio deberán, en lo posible, ser dirimidas por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes, a través de sus canales diplomáticos.

(2) Si una controversia no pudiere ser resuelta de esa manera, será sometida a un tribunal arbitral a petición de una de las Partes Contratantes.

(3) El tribunal arbitral será constituido ad hoc. Cada Parte Contratante nombrará un miembro y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como Presidente a un nacional de un tercer Estado que será nombrado por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses y el Presidente dentro de un plazo de tres meses, después de que cada una de las Partes Contratantes haya comunicado a la otra que desea someter la controversia a un tribunal arbitral.

(4) Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados y a falta de otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso de que el Presidente sea nacional de una de las Partes Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuese nacional de una de las Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de una de las Partes Contratantes, efectuar los nombramientos.

(5) El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones serán obligatorias. Cada Parte Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro, así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral. Los gastos del Presidente, así como los demás gastos, serán sufragados por partes iguales por las dos Partes Contratantes. El tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

(6) Si un nacional o una sociedad de una de las Partes Contratantes y la otra Parte Contratante hubieren sometido una controversia a un competente tribunal internacional de arbitraje o al competente tribunal de esta Parte Contratante de acuerdo a las disposiciones del artículo 10 del presente Convenio, la primera Parte Contratante no iniciará un procedimiento arbitral sobre el mismo asunto, a menos que la otra Parte Contratante no acate y cumpla con el laudo o sentencia dictada.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen im Sinne dieses Vertrags zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit im Sinne von Absatz 1 nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Streitparteien den zuständigen Gerichten der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage getätigt wurde, zu unterbreiten.

(3) Unter jeder der nachstehend genannten Voraussetzungen kann die Meinungsverschiedenheit einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet werden:

- a) auf Verlangen einer Streitpartei, wenn binnen 18 Monaten seit Einleitung des gerichtlichen Verfahrens gemäß Absatz 2 eine Sachentscheidung des angerufenen Gerichts nicht vorliegt oder wenn eine derartige Entscheidung vorliegt, die Meinungsverschiedenheit zwischen den Streitparteien aber fortbesteht;
- b) wenn beide Streitparteien sich darauf geeinigt haben.

(4) Sofern die Streitparteien nicht anderes vereinbart haben, werden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Streitparteien in den in Absatz 3 genannten Fällen entweder einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten oder einem Ad hoc-Schiedsgericht nach den UNCITRAL-Schiedsregeln einvernehmlich unterworfen. Kommt binnen drei Monaten, nachdem eine Streitpartei die Einleitung eines Schiedsverfahrens verlangt hat, keine Einigung zustande, so wird die Meinungsverschiedenheit, sofern beide Vertragsparteien Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten sind, einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen. Anderenfalls wird die Meinungsverschiedenheit dem vorgenannten Ad hoc-Schiedsgericht unterworfen.

(5) Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen auf der Grundlage dieses Vertrags und gegebenenfalls anderer zwischen den Vertragsparteien geltender Übereinkünfte, des nationalen Rechts der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage belegen ist, einschließlich der Regeln des Internationalen Privatrechts und der allgemeinen Rechtsgrundsätze des Völkerrechts.

(6) Der Schiedsspruch ist bindend und wird gemäß innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Artikel 11

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 12

(1) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Vertragsstaaten einander notifiziert haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieser Vertrag bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf der zehn Jahre schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

Artículo 10

(1) Las controversias que surgieran entre una de las Partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante en relación con las inversiones en el sentido del presente Convenio, deberán, en lo posible, ser dirimidas entre las Partes en la controversia.

(2) Si una controversia en el sentido del párrafo 1 no pudiera ser resuelta dentro del plazo de seis meses, contado desde la fecha en que una de las Partes en la controversia la haya promovido, será sometida a petición de una de ellas a los tribunales competentes de la Parte Contratante en cuyo territorio se realizó la inversión.

(3) La controversia podrá ser sometida a un tribunal arbitral internacional en cualquiera de las circunstancias siguientes:

- (a) A petición de una de las Partes de la controversia, cuando no exista una decisión sobre el fondo después de transcurridos dieciocho meses, contados a partir de la iniciación del proceso judicial previsto por el apartado 2 de este artículo, o cuando exista tal decisión pero la controversia subsista entre las Partes;
- (b) Cuando ambas Partes en la controversia así lo hayan convenido.

(4) En los casos previstos por el párrafo 3 anterior, las controversias entre las Partes, en el sentido de este artículo, se someterán de común acuerdo, cuando las Partes en la controversia no hubiesen acordado otra cosa, sea a un procedimiento arbitral en el marco del "Convenio sobre Arreglo de Diferencias relativas a las Inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados", de 18 de marzo de 1965, o a un tribunal arbitral ad hoc establecido de conformidad con las reglas de la Comisión de las Naciones Unidas para el Derecho Mercantil Internacional (C.N.M.U.D.I.). Si después de un período de tres meses a partir de que una de las Partes hubiese solicitado el comienzo del procedimiento arbitral no se hubiese llegado a un acuerdo, la controversia será sometida a un procedimiento arbitral en el marco del "Convenio sobre Arreglo de Diferencias relativas a las Inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados", de 18 de marzo de 1965, siempre y cuando ambas Partes Contratantes sean parte de dicho Convenio. En caso contrario la controversia será sometida al tribunal arbitral ad hoc antes citado.

(5) El tribunal arbitral decidirá sobre la base del presente Convenio y, en su caso, sobre la base de otros Convenios o Tratados vigentes entre las Partes; del derecho interno de la Parte Contratante en cuyo territorio se realizó la inversión, incluyendo sus normas de Derecho Internacional Privado; y, de los principios generales del Derecho Internacional.

(6) El laudo arbitral será obligatorio y se ejecutará de acuerdo con la legislación interna.

Artículo 11

El presente Convenio regirá independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas o consulares entre las Partes Contratantes.

Artículo 12

(1) El presente Convenio entrará en vigencia un mes después de la fecha en la cual las Partes Contratantes se hayan notificado mutuamente que las exigencias de sus respectivas legislaciones, para la entrada en vigencia del presente Convenio, se hayan cumplido.

(2) El presente Convenio tendrá una validez de diez años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que una de las Partes Contratantes comunique por escrito a la otra Parte Contratante su intención de darlo por terminado doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, el Convenio podrá denunciarse en cualquier momento, con un preaviso de doce meses.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten seine Bestimmungen für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

(3) Para inversiones realizadas antes de la fecha de terminación del presente Convenio, sus disposiciones seguirán rigiendo durante los quince años subsiguientes a dicha fecha.

Geschehen zu Lima am 30. Januar 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Hecho en Lima, el 30 de Enero de 1995, en dos ejemplares, en idiomas castellano y alemán, cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Wöckel

Für die Republik Peru
Por la República del Perú
Efrain Goldenberg Schreiber

Protokoll

Protocolo

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Peru über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

Der Vertrag gilt auch in den an die Küste angrenzenden Meeresgebieten der jeweiligen Vertragspartei, soweit diese Vertragspartei in Übereinstimmung mit der nationalen Gesetzgebung und dem Völkerrecht souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse in diesen Gebieten ausüben darf.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch in Artikel 4 genannte Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

En el acto de la firma del Convenio entre la República Federal de Alemania y la República del Perú sobre Promoción y Protección Recíproca de Inversiones, los infrascritos plenipotenciarios han adoptado, además, las siguientes disposiciones, que se considerarán como parte integrante del Convenio:

(1) Ad artículo 1

- a) Las rentas de una inversión y en el caso de su reinversión también las rentas de ésta, gozarán de igual protección que la inversión misma.
- b) Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará en especial como nacional de una Parte Contratante a toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por las autoridades competentes de la respectiva Parte Contratante.

(2) Ad artículo 2

El Convenio regirá también en las áreas marítimas adyacentes a las costas de ambas Partes Contratantes en las que ejerzan derechos de soberanía o jurisdicción, de conformidad con sus legislaciones nacionales y el derecho internacional.

(3) Ad artículo 3

- a) Como actividades en el sentido del párrafo segundo del artículo 3, se considerarán especial, pero no exclusivamente, la administración, la utilización, el uso y el aprovechamiento de una inversión. Se considerarán especialmente como «trato menos favorable» en el sentido del artículo 3: la limitación en la adquisición de materias primas y auxiliares, energía y combustibles, así como medios de producción y explotación de toda clase, la obstaculización de la venta de productos en el interior del país y en el extranjero, y toda medida de efectos análogos. No se considerarán como «trato menos favorable» en el sentido del artículo 3 las medidas que se tomen por razones de seguridad y orden público, sanidad pública o moralidad.
- b) Las disposiciones del artículo 3 no obligan a una Parte Contratante a extender las ventajas, exenciones y reducciones fiscales, que según las leyes tributarias sólo se conceden a las personas naturales y sociedades residentes en el territorio de la otra Parte Contratante.
- c) Las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitarán con benevolencia las solicitudes de inmigración y residencia de personas de una de las Partes Contratantes que, en relación con una inversión, quieran entrar en el territorio de la otra Parte Contratante; la misma norma regirá para los asalariados de una Parte Contratante que, en relación con una inversión, quieran entrar y residir en el territorio de la otra Parte Contratante para ejercer su actividad como asalariados. Igualmente se tramitarán con benevolencia las solicitudes de permiso de trabajo.

(4) Ad artículo 4

El derecho a indemnización existirá, asimismo, en el caso de que se adopte alguna de las medidas definidas en el artículo 4 respecto de la compañía donde se halle situada la inversión y se produzca, como consecuencia de aquélla, un severo perjuicio que afecte sustancialmente a dicha compañía.

(5) Zu Artikel 5

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Geschehen zu Lima am 30. Januar 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(5) Ad artículo 5

Una transferencia se considera realizada «sin demora» en el sentido del párrafo 2 del artículo 5 cuando se ha efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de entrega de la correspondiente solicitud.

(6) Respecto a los transportes de mercancías y personas en relación con inversiones, cada una de las Partes Contratantes no excluirá ni pondrá trabas a las empresas de transporte de la otra Parte Contratante y, en caso necesario, concederá autorizaciones para la realización de los transportes.

Hecho en Lima, el 30 de Enero de 1995, en dos ejemplares, en idiomas castellano y alemán, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Wöckel

Für die Republik Peru
Por la República del Perú
Efrain Goldenberg Schreiber

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Patentreuevertrages**

Vom 13. Dezember 1996

Der Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens – Patentreuevertrag – (BGBl. 1976 II S. 649, 664; 1984 II S. 799, 975) wird nach seinem Artikel 63 Abs. 2 für

Jugoslawien am 1. Februar 1997
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. September 1996 (BGBl. II S. 2518).

Bonn, den 13. Dezember 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen
über die Rechtshilfe in Strafsachen**

Vom 13. Dezember 1996

Das Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 zum Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1990 II S. 124) wird nach seinem Artikel 5 Abs. 3 für die

Slowakei am 22. Dezember 1996
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 31. Mai 1996 (BGBl. II S. 1054).

Bonn, den 13. Dezember 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens zur Verhütung von Folter
und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe**

Vom 16. Dezember 1996

Das Europäische Übereinkommen vom 26. November 1987 zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (BGBl. 1989 II S. 946) wird nach seinem Artikel 19 Abs. 2 für

Albanien am 1. Februar 1997
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. September 1995 (BGBl. II S. 910).

Bonn, den 16. Dezember 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
des deutsch-slowakischen Abkommens
über den grenzüberschreitenden Personenverkehr auf der Straße**

Vom 16. Dezember 1996

Das in Bonn am 25. September 1996 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Slowakischen Republik über den grenzüberschreitenden Personenverkehr auf der Straße ist nach seinem Artikel 13 Abs. 1

am 25. September 1996
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 16. Dezember 1996

Bundesministerium für Verkehr
Im Auftrag
Jagow

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Slowakischen Republik über den grenzüberschreitenden Personenverkehr auf der Straße

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Slowakischen Republik –

in dem Wunsch, den grenzüberschreitenden Personenverkehr
auf der Straße zu regeln und zu fördern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Dieses Abkommen regelt auf der Grundlage des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien die Beförderung von Personen im grenzüberschreitenden Straßenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik und im Transit durch diese Staaten durch Verkehrsunternehmer, die im Hoheitsgebiet ihres Staates zur Ausführung dieser Beförderungen berechtigt sind.

Artikel 2

(1) Personenverkehr im Sinne dieses Abkommens ist die Beförderung von Personen und deren Gepäck mit Kraftomnibussen sowie mit Personenkraftwagen (Taxen und Mietwagen) auf eigene Rechnung oder auf Rechnung Dritter. Das gilt auch für Leerfahrten im Zusammenhang mit diesen Verkehrsdiensten.

(2) Als Kraftomnibusse gelten Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind. Als Personenkraftwagen gelten Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von nicht mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind.

Artikel 3

(1) Linienverkehr ist die regelmäßige Beförderung von Personen in einer bestimmten Verkehrsverbindung nach im voraus festgelegten und veröffentlichten Fahrplänen, Beförderungsentgelten und -bedingungen, bei denen Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen ein- und aussteigen können. Dies gilt auch für Verkehre, die im wesentlichen wie Linienverkehr durchgeführt werden.

(2) Als Linienverkehr im Sinne dieses Abkommens gilt unabhängig davon, wer den Ablauf der Fahrten bestimmt, auch die regelmäßige Beförderung bestimmter Kategorien von Personen unter Ausschluß anderer Fahrgäste, soweit die Merkmale des Linienverkehrs nach Absatz 1 gegeben sind. Diese Beförderungen, insbesondere die Beförderung von Arbeitnehmern zur Arbeitsstelle und von dort zu ihrer Wohnung und die Beförderung von Schülern zur Lehranstalt und von dort zu ihrer Wohnung, werden als „Sonderformen des Linienverkehrs“ bezeichnet.

(3) Linienverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen der Genehmigung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Die Genehmigung wird im gegenseitigen Einvernehmen nach Maßgabe des geltenden Rechts der jeweiligen Vertragspartei erteilt. Die Genehmigung kann für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren erteilt werden.

(4) Änderungen des Linienverlaufs, der Haltestellen, der Fahrpläne, der Beförderungsentgelte und -bedingungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Das gleiche gilt für die Einstellung des Betriebs.

(5) Anträge der Verkehrsunternehmer einer Vertragspartei auf Einrichtung eines Linienverkehrs sowie Anträge gemäß Absatz 4 sind mit einer Stellungnahme des Verkehrsministeriums dieser Vertragspartei dem Verkehrsministerium der anderen Vertragspartei unmittelbar zu übersenden.

(6) Die Anträge nach den Absätzen 4 und 5 müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des antragstellenden Verkehrsunternehmers;
2. Art des Verkehrs;
3. Beantragte Genehmigungsdauer;
4. Betriebszeitraum und Zahl der Fahrten (z. B. täglich, wöchentlich);
5. Fahrplan;
6. Genaue Linienführung (Haltestellen zum Aufnehmen und Absetzen der Fahrgäste/andere Haltestellen/Grenzübergangsstellen);
7. Länge der Linie in Kilometern: Hinfahrt/Rückfahrt;
8. Länge der Tagesfahrstrecke;
9. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
10. Zahl der Sitzplätze der einzusetzenden Kraftomnibusse;
11. Beförderungsentgelte und -bedingungen (Tarife).

Artikel 4

(1) Pendelverkehr ist der Verkehrsdienst, bei dem vorab gebildete Gruppen von Fahrgästen bei mehreren Hin- und Rückfahrten von demselben Ausgangsgebiet zu demselben Zielgebiet befördert werden. Diese Gruppen, die aus Fahrgästen bestehen, die die Hinfahrt zurückgelegt haben, werden bei einer späteren Fahrt zum Ausgangsort zurückgebracht. Unter Ausgangsgebiet und Zielgebiet sind der Ort des Reiseantritts und der Ort des Reiseziels sowie die in einem Umkreis von 50 km gelegenen Orte zu verstehen. Neben der Beförderungsleistung muß die Unterkunft der Reisegruppe mit oder ohne Verpflegung am Zielort und gegebenenfalls während der Reise eingeschlossen sein. Die erste Rückfahrt und die letzte Hinfahrt in der Reihe der Pendelfahrten müssen Leerfahrten sein.

(2) Die Zuordnung eines Verkehrsdienstes zum Pendelverkehr wird nicht dadurch berührt, daß mit Zustimmung der zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei oder der betreffenden Vertragsparteien Reisende abweichend von Absatz 1 die Rückfahrt mit einer anderen Gruppe vornehmen.

(3) Pendelverkehre bedürfen im Einzelfall der Genehmigung der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll mindestens 60 Tage vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(4) Anträge auf Genehmigung eines Pendelverkehrs nach Absatz 3 müssen außer den Angaben nach Artikel 3 Absatz 6 noch die Reisedaten, Zahl der Fahrten und die Angaben über Ort und Hotels oder sonstige Einrichtungen, in denen die Fahrgäste während ihres Aufenthalts untergebracht werden sollen, sowie über die Dauer des Aufenthalts enthalten.

(5) Grundsätze über das Genehmigungsverfahren bei Pendelverkehren, Genehmigungsvordrucke, Kontrolldokumente und zuständige Behörden werden erforderlichenfalls in der nach Artikel 10 gebildeten Gemischten Kommission erarbeitet.

Artikel 5

(1) Gelegenheitsverkehr ist der Verkehr, der nicht Linienverkehr im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 und auch nicht Pendelverkehr im Sinne von Artikel 4 ist.

(2) Gelegenheitsverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen keiner Genehmigung, wenn es sich handelt

- a) um Fahrten, die mit einem Kraftfahrzeug durchgeführt werden, das auf der gesamten Fahrtstrecke die gleiche Reisegruppe befördert und sie an den Ausgangsort zurückbringt (Rundfahrten mit geschlossenen Türen),
- b) um Verkehre, bei denen zur Hinfahrt Fahrgäste aufgenommen werden und bei denen die Rückfahrt eine Leerfahrt ist (Leerrückfahrten),
- c) um Leereinfahrten, um eine Reisegruppe, die zuvor von demselben Verkehrsunternehmer mit einem Verkehr nach Buchstabe b befördert worden ist, wieder aufzunehmen und an den Ausgangsort zurückzubringen.

(3) Bei Gelegenheitsverkehren dürfen unterwegs Fahrgäste weder aufgenommen noch abgesetzt werden, es sei denn, daß die zuständige Behörde der betreffenden Vertragspartei dies gestattet.

(4) Gelegenheitsverkehre, die nicht den Bestimmungen des Absatzes 2 entsprechen, bedürfen in jedem Fall der Genehmigung der zuständigen Behörde der jeweils anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll mindestens vier Wochen vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(5) Die Anträge nach Absatz 4 müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des Verkehrsunternehmers sowie gegebenenfalls des Reiseveranstalters, der den Beförderungsauftrag erteilt hat;
2. Staat, in dem die Reisegruppe gebildet wird;
3. Ausgangs- und Zielort der Fahrt;
4. Fahrtstrecke mit Grenzübergangsstellen;
5. Daten der Hin- und Rückfahrt;
6. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
7. Amtliche Kennzeichen der Kraftfahrzeuge;
8. Zahl der Sitzplätze der einzusetzenden Kraftomnibusse.

(6) Kontrolldokumente für genehmigungsfreie Gelegenheitsverkehre werden in der nach Artikel 10 gebildeten Gemischten Kommission vereinbart.

Artikel 6

(1) Die nach Artikel 3 Absatz 3, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absätze 3 und 4 erteilten Genehmigungen dürfen nur von dem Verkehrsunternehmer genutzt werden, dem sie erteilt werden. Sie dürfen weder auf einen anderen Verkehrsunternehmer übertragen werden noch, im Falle des Gelegenheitsverkehrs, für andere Kraftfahrzeuge als in der Genehmigung angegeben genutzt werden. Im Rahmen eines Linienverkehrs kann der Verkehrsunternehmer, dem die Genehmigung erteilt ist, Unterauftragnehmer einsetzen. Diese brauchen in der Genehmigungs-urkunde nicht genannt zu sein, müssen jedoch eine amtliche Ausfertigung dieser Urkunde mit sich führen.

(2) Die nach diesem Abkommen erforderlichen Genehmigungen, Kontrolldokumente oder sonstige Beförderungspapiere sind bei allen in diesem Abkommen geregelten Fahrten im Fahrzeug mitzuführen und auf Verlangen den Vertretern der zuständigen Kontrollbehörden vorzuweisen. Die Kontrolldokumente sind vor Beginn der Fahrt vollständig auszufüllen.

Artikel 7

Bei der Durchführung von Beförderungen aufgrund dieses Abkommens entfallen für jede der Vertragsparteien Zollabfertigungsgebühren, Eingangsabgaben (Zoll, Einfuhrumsatzsteuer und Mineralölsteuer) und die Genehmigungspflicht für die Einfuhr in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei von:

- a) Treibstoff, der in den für das jeweilige Kraftfahrzeugmodell vorgesehenen Hauptbehältern, die technisch und vom Aufbau her mit der Kraftstoffanlage verbunden sind, mitgeführt wird; die Zollfreiheit für Treibstoffe in den Hauptbehältern ist bei Kraftomnibussen auf eine Menge von 600 Litern je Fahrzeug beschränkt;
- b) Schmierstoffen, die sich im Kraftfahrzeug befinden und die dem normalen Bedarf für den Betrieb während der Beförderung entsprechen;
- c) Ersatzteilen und Werkzeug zur Instandsetzung des Kraftfahrzeugs, mit dem die grenzüberschreitende Beförderung durchgeführt wird; nicht verwendete Ersatzteile sowie ausgewechselte Alteile müssen wieder ausgeführt oder nach den Bestimmungen der jeweiligen Vertragspartei zollamtlich behandelt werden.

Artikel 8

(1) Die Verkehrsunternehmer sind verpflichtet, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Bestimmungen des Verkehrs- und Kraftfahrzeugsrechts sowie die jeweils geltenden Zollbestimmungen einzuhalten.

(2) Bei schweren oder wiederholten Zuwiderhandlungen eines Verkehrsunternehmers und seines Fahrpersonals gegen das im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltende Recht und gegen die Bestimmungen dieses Abkommens treffen die zuständigen Behörden der Vertragspartei, bei der das Kraftfahrzeug zugelassen ist, auf Ersuchen der zuständigen Behörde der Vertragspartei, bei der die Zuwiderhandlung begangen wurde, eine der folgenden Maßnahmen:

- a) Aufforderung an den verantwortlichen Verkehrsunternehmer, die geltenden Vorschriften einzuhalten (Verwarnung);
- b) vorübergehender Ausschluß vom Verkehr;
- c) Einstellung der Ausgabe von Genehmigungen an den verantwortlichen Verkehrsunternehmer oder Entzug einer bereits erteilten Genehmigung für den Zeitraum, für den die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei den Verkehrsunternehmer vom Verkehr ausgeschlossen hat.

(3) Die Maßnahme nach Buchstabe b kann auch unmittelbar von der zuständigen Behörde der Vertragspartei ergriffen werden, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen worden ist.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unterrichten einander nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts hinsichtlich der Übermittlung personenbezogener Daten über die getroffenen Maßnahmen.

Artikel 9

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.

4. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung auf die nach dem für sie geltenden Recht zu beachtenden Lösungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten nach dem Wegfall der Erforderlichkeit zu löschen.
7. Die mit der Durchführung dieses Abkommens beauftragten Stellen der Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen und die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 10

Vertreter der Verkehrsministerien beider Vertragsparteien bilden eine Gemischte Kommission. Sie tritt auf Ersuchen einer Vertragspartei zusammen, um die ordnungsgemäße Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten. Falls erforderlich, erarbeitet die Gemischte Kommission unter Beteiligung anderer zuständiger Stellen Vorschläge zur Anpassung des Abkommens an die Verkehrsentwicklung sowie an geänderte Rechtsvorschriften. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheiden die bevollmächtigten Vertreter der Vertragsparteien.

Artikel 11

Die Verkehrsministerien beider Vertragsparteien teilen sich gegenseitig die zuständigen Behörden nach den Artikeln 3, 4, 5 und 8 dieses Abkommens mit.

Artikel 12

Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus ihren sonstigen völkerrechtlichen Übereinkünften sowie die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat in der Europäischen Union werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 13

- (1) Dieses Abkommen tritt am Tag der Unterzeichnung in Kraft.
- (2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es bleibt in Kraft, bis eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei schriftlich die Kündigung des Abkommens mitteilt. In diesem Fall tritt das Abkommen sechs Monate nach Eingang der Kündigung außer Kraft.

Geschehen zu Bonn am 25. September 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowakischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Hans-Dieter Scheel
Johannes Nitsch

Für die Regierung der Slowakischen Republik
Szabo

**Bekanntmachung
des deutsch-papua-neuguineischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 16. Dezember 1996

Das in Port Moresby am 27. August 1996 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Unabhängigen Staates Papua-Neuguinea über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 5

am 27. August 1996

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 16. Dezember 1996

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Popp

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Unabhängigen Staates Papua-Neuguinea
über Finanzielle Zusammenarbeit
im Vorhaben „Dörfliche Waldwirtschaft in East New Britain“**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung des Unabhängigen Staates Papua-Neuguinea –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Unabhängigen Staat Papua-Neuguinea,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in dem Unabhängigen Staat Papua-Neuguinea beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Unabhängigen Staates Papua-Neuguinea

oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfänger, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Dörfliche Waldwirtschaft in East New Britain“ einen Finanzierungsbeitrag bis zu 6 000 000,- DM (in Worten: sechs Millionen Deutsche Mark) als Zuschuß zu erhalten.

(2) Dieses Abkommen findet auch auf Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen zu den in Absatz 1 genannten Vorhaben Anwendung, falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung des Unabhängigen Staates Papua-Neuguinea zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, solche Finanzierungsbeiträge von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Unabhängigen Staates Papua-Neuguinea durch andere Vorhaben ersetzt werden, die ebenfalls die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen und somit durch einen Finanzierungsbeitrag (Zuschuß) gefördert werden können. Falls es durch Vorhaben aus einem anderen Bereich ersetzt wird, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung des Unabhängigen Staates Papua-Neuguinea, von der Kreditanstalt

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1997 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 10,45 DM (8,40 DM zuzüglich 2,05 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 11,45 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · G 1998 · Entgelt bezahlt

für Wiederaufbau für diese Vorhaben ein Darlehen bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrages zu erhalten.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrages zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung des Unabhängigen Staates Papua-Neuguinea stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags

von oder in dem Unabhängigen Staat Papua-Neuguinea erhoben werden, frei.

Artikel 4

Die Regierung des Unabhängigen Staates Papua-Neuguinea überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Port Moresby am 27. August 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Soering

Für die Regierung
des Unabhängigen Staates Papua-Neuguinea
Kilroy Genia